

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf. (incl. Post-
 Einzelnnummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Zeitungs-
 Preisliste für 1898 unter Nr. 7574.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Inserations-Gebühren
 beträgt für die sechsstelligen Kolonnen-
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für
 Vereins- und Versammlungs-Anzeigen,
 sowie Werbekarten 20 Pf. Inserate
 für die nächste Nummer müssen bis
 4 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,
 an Sonn- und Festtagen bis 3 Uhr
 vormittags geöffnet.

Korrespondenz: Post 1, Nr. 1500.
 Telegramm-Adresse:
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Freitag, den 2. Dezember 1898.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Franz Josef I.

Zum fünfzigjährigen Regierungsjubiläum.

Wien, 30. November.
 Es ist nun einmal schon herkömmlich, solche Jubiläen
 gekrönter Häupter als geschichtliche Ereignisse, wenigstens aber
 vom geschichtlichen Standpunkt zu feiern. Dieser geschichtliche
 Standpunkt ist aber der eines Veranstalters sogenannter
 historischer Festzüge. Vergangenheit und Gegenwart, die
 ganze überwältigende Fülle von Ereignissen und Ver-
 änderungen, die das Leben eines Volkes in einem so großen
 Zeitraum ausmachen, was Großes und Erhabenes geschehen,
 das Genie der Denker, das Werk der Erfinder, der Künstler
 und Dichter schaffende Phantasie, Feldherrntum und soldatische
 Tapferkeit, großer Männer persönliches Wirken und der
 größeren Menge hastiges, unaufhörliches, unzerstörbares
 Schaffen — all das schreitet da, malerisch angeordnet, hier und
 da ein Kleinwenig drapirt, vorüber und macht seine respekt-
 vollen Verbeugung vor der erlauchten Hofgesellschaft, die das
 Schauspiel recht anerkennend betrachtet. Das ist dann
 das Zeitalter Wilhelms des „Großen“, der englischen Viktoria,
 das Zeitalter Franz Josefs I. Es ist gut, das eine oder andere
 Bild, das die Arrangeure im freudigen Eifer vergessen dürften,
 festzuhalten.

Eidbruch und Mord, ganze Ströme dampfenden Blutes,
 zerstörte Städte, entsetzliches Weh einer harmlosen und lokalen
 Bevölkerung: so endet das Jahr 1848, verläßt das folgende.
 Der alte Mann, der heute sein Jubiläum feiert, ist unschuldig
 an alledem: ein achtzehnjähriger Knabe war er damals, ein
 rechter Prätorianerkaiser, auf den Schild gehoben von meutern-
 den Generalen, als Bündel betrachtet und behandelt von dem
 unheilvollen Hanswurst mit der Diktatormaske Windisch-
 gräß. Aber das gehört doch zu Franz Josefs I. Regie-
 rung mindestens ebenso gut wie die Entwicklung des öster-
 reichischen Verfassungsrechtes seit dieser Zeit oder dergleichen.
 Und die Männer, die ihn erzogen und ihn umgaben, ver-
 fehlten wohl nicht, ihn auf die verschiedensten Auslegungs-
 Methoden eines kaiserlichen Eides aufmerksam zu machen.
 Er kam auf den Thron, um Ferdinand den Eidbruch
 zu erparen. Der Nachfolger ist also nicht an den
 Verfassungseid des Vorgängers gebunden. In seiner Thron-
 rede erklärte er, am Konstitutionalismus festhalten zu wollen,
 seine Minister gaben wiederholt diesbezügliche Versicherungen
 ab — am 7. März 1849 wurde der konstituierende Reichstag
 auseinandergejagt, eine Verfassung ertrotzt, diese aber Ende
 Dezember 1861 aufgehoben — sie war übrigens nie in Aus-
 führung gebracht worden — und der nackte Absolutismus
 wieder eingeführt: der Kaiser ist also nur durch den direkten
 Eid im tränkischen Sinne gebunden. Er ist aber auch nur an
 den bloßen Wortlaut dieses Eides gebunden. Seit mehr
 als einem Jahre wird Oesterreich absolutistisch regiert, das
 Parlament, nur um dem Wortlaut der Verfassung zu genügen,
 einberufen.

Schmachvolles Vergehen des Bürgerthums zeigte der Aus-
 gang der Revolution. Wie es matt und ohne rechte Begeisterung
 die letzten Phasen der Revolution mitgemacht, wie es zum
 Schlusse, als die Revolution die letzten Kräfte anspannte
 zum Kampfe auf Leben und Tod, feig davongelaufen war
 oder nach dem Verrath grübelte, so trock es jetzt voll hündischer
 Demuth zu den Füßen des Siegers, feierte die Besieger
 Windischgräß und Jellacic, lieferte ein Heer frei-
 williger Spione, lechzte nach dem Blute der heldenmüthigen
 Kämpfer der Revolution — „die Outgesimmten möchten alles
 gehängt haben“, mußte selbst Windischgräß fliehen, —
 und Aluminirte, als der Arenischer Reichstag auseinander-
 gejagt wurde. Auf dieses Bürgerthum ist kein Verlaß, weder
 im Guten noch im Bösen: das lehrten die Schranken dem
 jungen Herrscher. Dem Sieger gehört es und wer ihm Ruhe
 und die Gelegenheit des Profitmachens verbürgt, es ist kein
 ernster, zu fürchtender Gegner. Aber ebensowenig ein zu-
 verlässiger Freund. „Hoch Kaiser Max!“ riefen die Wiener
 hinter dem Wagen Franz Josefs I. her, als er nach den
 unerhörten Niederlagen des Jahres 1866 durch die Stadt
 fuhr. Fremd sind diesem Bürgerthume die politischen
 Kämpfe, die politischen Interessen: die allereinfachsten
 Voraussetzungen modernen Staatslebens sind in Oester-
 reich nicht erfüllt, der kulturfeindliche Zeitungsstempel,
 das jeden ehrlichen Schriftsteller in Verweisung bringende
 und die Justiz korrumpirende objektive Verfahren,
 das skandalöse Verbot der freien Kolportage — sie bestehen
 nicht nur heute, es ist auch gar keine Hoffnung vorhanden, sie
 in absehbarer Zeit los zu werden. Das Bürgerthum versteht
 den Kampf um Pressefreiheit nicht, das Parlament, sein
 Parlament, wird niemals diesen Kampf führen, geschweige ihn
 siegreich beenden. Politische Debatten, Debatten um
 politische Rechte, sind nur zu finden in Perioden, wo der
 nationale Kampf besonders wüthend tobt, und die Argumente
 dann sind die Sitzungsprotokolle, daß die Minorität von heute
 als Majorität von gestern der Regierung ebenso zu Diensten
 gestanden, wie die Majorität von heute, und daß diese doch
 nicht so dumm sein werde, nicht ein gleiches zu thun.

Deutsche gegen Czechen, Polen gegen Ruthenen, Ungarn
 gegen Serben und Rumänen — das war das Bild, das
 Oesterreich 1848 darbot. Das aber auch die Grundlage, auf
 der die Kontrerevolution baute. Nun war der Thron des
 jungen Knaben nothdürftig wieder zusammengeleimt, und er
 empfing die Lehre: Der Kampf der Nationalitäten ist die sicherste

Gewähr der dynastischen Macht. Er nimmt dem Bürgerthum
 jede Möglichkeit politischer Erziehung und Entwicklung, macht
 es unempfindlich für die Schädigung seiner eigenen Interessen,
 giebt es ganz in die Hände struppeliger Geschäftspolitiker, die
 ihre Gesinnungslosigkeit, ihre Aukstigkeit, die von jeder Re-
 gierung mit Erfolg benutzt werden kann, so noch als Prinzip,
 als nationale Taktik anpreisen dürfen. Zwei Drittel aller
 Abgeordneten sind für jede Regierung zu haben; da sie aber
 das Glied haben, sich auf keine Nationalitäten zu vertheilen,
 bleiben im Gewirr des nationalen Haders ihre kleinen privaten
 Geschäften unbemerkt.

Das unabhängige Italien, das unabhängige Polen, das
 einige freie Deutschland, das unabhängige Ungarn — das
 alles stellte seine Anforderungen an Oesterreich, die mit viel
 Blut besichtigt werden mußten. Nationalitätenhader, aber
 beileibe kein echtes, modernes, freiheitliches Nationalgefühl:
 das lehrte das Bombardement von Strakonitz und Lem-
 berg, der Krieg in Ungarn, die Tragikomödie in Frank-
 furt. Je weiser und fortgeschrittener ein Volk, je mehr
 das Nationalgefühl bei ihm ausgehört hat, literarischer Sport,
 Traum und Verlangen von einzelnen zu sein und sich zu
 lebendigem Verwurfssein des Volkes entwickelt hat, desto ge-
 fährlicher dieses Nationalgefühl, am allergefährlichsten das
 deutsche. Es ist ein untrügliches Zeichen, daß die Geier wieder
 über Oesterreich kreisen oder, was dasselbe ist, daß die Reaktion
 zum Sprunge ansetzt, wenn man Deutschland zu fürchten be-
 ginnt und die russische Freundschaft lockt. Da wird irgend ein
 seiner Kroup geplaut, wenn Schwarz-Gelb wieder einmal
 Trumpf wird. Die Stimmung der Armee ist ein zuverlässiger
 Gradmesser: Das deutsch-österreichische Bündniß findet in
 Offizierskreisen fast gar keinen Anhänger mehr, und das eigen-
 tliche Offiziersblatt, ein von der Regierung gezahltes und wie
 selbstverständlich, das anrüchliche Lageblatt Wiens, heßt seit
 Jahr und Tag gegen dieses Bündniß.

Windischgräß, so meinte er selbst, so wurde auch ge-
 glaubt, war der Retter der Monarchie; die Stumpfheit der
 großen Massen, die den Lebensfragen, die die Revolution auf-
 warf, theilnahmslos und verständnislos gegenüberstanden, war
 die Voraussetzung der ganzen Rettungssaktion. Die Waffen-
 herrschaft, die die Massen stumpf erhält, die Aristokraten-
 herrschaft, die die Massen zum Gehorham drückt: welche Lehre
 kommt dem Sohne des erzkatholischen Hauses Habsburg,
 seit Jahrhunderten in den Händen der Pfaffen und gut Freund
 mit den mächtigen Bauernschindern, leichter begreiflich sein?
 Erbärmlichkeit des Bürgerthums und nationaler Hader auf
 der einen Seite — heißt Pfaffen- und Adels herrschaft auf der
 anderen Seite. Das unglückliche Oesterreich genießt beide
 Segnungen in reichlichstem Ausmaße.

Also wäre alles beim Alten geblieben? und die 50 Jahre,
 die seit dem 2. Dezember 1848 verfloßen, spur- und eindrucklos
 für Oesterreich geblieben? In gewissem Sinne: Ja! Als
 in den Märztagen der Kolof des Welterwärtigen Systems
 mit den thönernen Füßen der feudalen Verwaltung und dem
 bürokratischen Wasserlopp in Stücke barst, der alte Patrimonial-
 staats, das zusammenhanglose Aneinanderreihen verschiedenster
 Nationalitäten, auseinanderging — da war das große Problem
 gestellt: einen Staat zu schaffen, einen Staat, der diese ver-
 schiedenartigsten Elemente harmonisch vereinigen könne. Was
 diese schwierige Aufgabe noch zu erschweren schien, ihre
 Komplikation mit auswärtigen Angelegenheiten, ein gefähr-
 licher Krieg, war umgekehrt das Mittel, die Lösung verlangen
 zu können: Radeky's Siege in Italien waren der An-
 fang vom Ende der Revolution. Aber das Problem
 blieb ungelöst bis auf den heutigen Tag. Die
 Existenzfragen Oesterreichs sind noch immer
 ungelöst.

Aber eines hat sich verändert: das sind die in betracht
 kommenden Kräfte.

Wenig zahlreich war das österreichische Proletariat vor
 fünfzig Jahren, gefesselt doppelt in den Banden materiellen
 und geistigen Elends. Was es besaß, war das unüberhörliche
 geschichtliche Erbtheil seiner Klasse: der revolutionäre Instinkt
 und die opferbereite Hingebung. Als die Frühlingstürme
 durch das Land gingen, da barst die Decke, die harten Winters
 Kraft ihnen über Herz und Geist gezwungen, und unwider-
 stehlich, jauchzend, nach Leben verlangend und Leben ver-
 heißend, stürmte die revolutionäre Fluth einher. Seiner selbst,
 seiner eigenen Zwecke noch nicht bewußt, konnte dieses Prole-
 tariat nur die Schlächten anderer schlagen, mußte sein revo-
 lutionärer Instinkt von anderen geweckt und geleitet werden.
 Als der Winter kam und alles Leben erstarrte, da war auch
 des Proletariats revolutionäre Kraft verbraucht; gehorham
 vertrocknete es sich in die Höhlen, aus denen es die warme Wärm-
 sonne gelockt hatte, und wurde hier vergessen, wie es
 seiner selbst zu vergessen schien. Vom Proletariate
 haben Franz Josefs I. Lehrer ihm nichts zu
 sagen gewußt. Und nun steht es heute in Oesterreich als
 mächtiger Faktor der Politik dar! Der Politik, als des ge-
 heimnisvollen, nie mit Sicherheit zu bestimmenden Lebens und
 Wirkens in der Geschichte der Völker und Reiche — während
 die bürgerlichen Parteien nur die Politik, die in den Kousloirs
 des Parlamentes, in den Vorzimmern der Minister gemacht
 wird, kennen. Nun steht das als Sozialdemokratie organisierte
 Proletariat als der Faktor da, dem die schwierige Aufgabe
 zukommt, die bürgerlichen Parteien Oesterreichs zu erzieren
 und die unendlich wichtigere Aufgabe, die Massen der öster-
 reichischen Völker zu erzieren! Niemand ahnt, was das

heißt, eine seit Jahrhunderten systematisch verdumnte,
 nicht nur geistig, auch moralisch kastrierte Bevölkerung,
 für Recht und Sittlichkeit in Bewegung zu setzen,
 die Resultate der langen, ungehinderten Pfaffenherrschaft
 anzugreifen, während diese Herrschaft noch in vollster
 Blüthe! Und fast ebenso einzig in ihrer Schwierigkeit wie
 der Kampf selbst, sind die Umstände, unter denen er zu
 führen: nicht nur muß jeder Schritt Boden in heißer,
 unermüdlicher Arbeit einem heimtückischen, hartnäckigen Gegner
 abgerungen werden, der Boden selbst muß auch erst tragfähig und
 haltbar gemacht werden. In allen Ländern haben die Ar-
 beiter-Organisationen dem Ansturm der Feinde stand zu halten;
 aber man ist wenigstens sicher, daß sie nicht auf Flugland errichtet
 sind. Der jungfräulichen Erde ward einmal in schönem,
 treffenden Gleichniß die große indifferente Masse verglichen,
 aber die sozialdemokratischen Pioniere der Kultur in Oesterreich
 erreichen ihn erst durch ungewissen, schier unüberwindlichen
 Urwald. So ganz ohne alle Vorarbeit seitens der bürger-
 lichen Klassen, so ganz ohne Unterstützung — und doch, sie
 arbeiten und arbeiten weiter und es fehlt nicht an Erfolgen.
 Und diese Erfolge verändern von grund auf
 das Wesen der österreichischen Politik. Man
 denke nur: Auf den Gegensatz zwischen Bauer und Gutsherr,
 auf die vollständige Stumpfheit der galizischen Bauern war
 die traditionelle österreichische Politik in Galizien ge-
 gründet, die mit Hilfe der Bauern jede freiheitliche
 Bewegung im Lande niederhielt. Und heute? Heute
 geht durch dieses Sklavenland ein heimliches Sehnen —
 nach Licht und Freiheit, was sich den erschrockenen Machthabern
 freilich als unheimliches Drohen ankündigt, und eine Ahnung
 dessen, was bevorsteht, geht durch die Kreise selbst der ältesten
 Parlamentarier, also Hyntiker, wenn der sozialdemokratische
 Vertreter Galiziens seine merkwürdige, flammende Veredsam-
 keit den Leiden seines unglücklichen Landes widmet.

Die Rechnung stimmt ja vollständig; der nationale Hader,
 die Unfähigkeit der Bourgeoisie, bis auf eine Wenigkeit — eben
 das Proletariat. Es wird wohl noch längere Zeit dauern, ehe
 die österreichischen Staatsmänner, die sich ohne Abwechslung
 immer mit demselben Schema beholfen haben, auch für
 diese neue Erscheinung einen Platz in ihrem System ausfindig
 gemacht haben werden. Es wäre der vollständig unfähigen
 Klasse des Feudal-Adels, die in Oesterreich regiert, zwar äh-
 nlich, diese Thatfachen einfach ignorierend, einen Streich zu ver-
 suchen; wenn nicht augenblicklich, so doch für den Fall eines
 Thronwechsels. Der reiferen Einsicht Franz Josefs I. aber
 — man ist ja schließlich nicht ohne allen Ruhm 50 Jahre
 Kaiser — wird sich gewiß, läßt er an seinem Jubeltage die
 Vergangenheit an seinem Auge vorbeiziehen, folgende Er-
 wägung austragen. Als man Ferdinand befahl, um
 ihn den formellen Eidbruch zu erparen, bestieg er für den
 Herrscherberuf erzogener, seit langem dem Volke als zu-
 künftiger Herrscher bekannter Monarch den Thron, an dessen
 Person viele aufrichtige Freunde des Fortschritts warme
 Hoffnungen knüpften: schließlich wurde ja nur der
 geisteschwache Epileptiker Ferdinand durch den jugend-
 kräftigen, an Leib und Geist gesunden Franz Josefs
 ersetzt. Franz Josefs, als Kaiser zugleich der oberste Herr
 seines Hauses, wird sich kaum verhehlen, daß die Popularität
 seines vernünftlichen Nachfolgers wohl kaum eine damalige
 Belastungsprobe ausbiete. Verfassungsbruch mit
 oder ohne Thronwechsel bedeutet heute in
 Oesterreich die Revolution.

Das ist das geschichtliche Verdienst der österreichischen
 Sozialdemokratie, die tröstende Versicherung, die sie den Völkern
 Oesterreichs als Jubiläumsgabe darbringen kann.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 1. Dezember.

Der Zar über die Abrüstung.

Der Zar soll sich im Gespräch mit einem englischen
 Politiker über den Abrüstungsvorschlag also geäußert
 haben:

„Ueber drei Punkte wünschte ich, daß die Mächte
 sich ins Einvernehmen setzten. Erstens könnten sie sich,
 bis auf weitere Abmachung, verpflichten, ihre Rüstungen
 nicht zu vermehren, sondern höchstens in gutem
 Zustande zu erhalten und selbst zu vervollkommen.
 Zweitens: nach Ablauf von fünf Jahren würden die
 Mächte in einer neuen Konferenz sich über die Aufrecht-
 erhaltung des neuen Prinzips aussprechen und dann vielleicht eine
 neue Periode festsetzen. Und drittens würden sie über ihre Haltung
 gegenüber Kriegsdrohungen und Kriegsausichten
 schlüssig werden. Das ganze soll überhaupt wie ein Zwei-
 takt behandelt werden. Wenn zwei Personen sich mit den
 Waffen in der Hand messen wollen, so werden vorerst die Trag-
 weite der Beleidigung und die Duellbedingungen herabgesetzt. Jeder
 wählt also seine Startelträger; und diese wenden sich dann zuweilen
 an einen Unparteiischen, der das entscheidende Wort spricht. Ebenso
 würde es sich mit den Mächten verhalten. So hätten in der
 Fajshoda-Angelegenheit zum Beispiel England sich an die Ver-
 einigten Staaten und Frankreich an Rußland gewandt. Den
 Vereinigten Staaten und Rußland fällt dann die Aufgabe zu, den
 beiderseitigen Standpunkt zu beleuchten und ihr Urtheil darüber
 anzusprechen. Sollten die Unparteiischen aber nicht zu einem
 einstimmigen Ergebnis gelangen, so würden sie sich an einen neuen
 Schiedsrichter, z. B. den Kaiser Franz Josef, wenden; er fähe über
 die Urtheile der Unparteiischen zu Gericht. Vielleicht würde auch
 dessen Ausspruch nicht befolgt werden; jedenfalls aber wäre da-

durch löbliche Zeit gewonnen, und die Gegner hätten Mühe, sich die Folgen eines feindlichen Zusammenstoßes zu überlegen."

Es mag dahingestellt bleiben, ob sich der Zar so ausgesprochen hat, wie sein Intervallier mittheilt. Hat er sich so ausgesprochen, so muß man ihm lassen, daß er die Schriften der bürgerlichen Friedensfreunde nicht ohne Erfolg gelesen hat.

Sind derartige Friedenspalmeien aber schon bei den bürgerlichen Predigern männlichen und weiblichen Geschlechts nichts als utopisches Gerede, so erscheinen sie im Munde des Zaren vollends lächerlich. Wollte Rußland ernstlich eine Vermehrung seiner Rüstungen unterlassen, so müßte es zudrüberst Einrichtungen schaffen, welche den übrigen Völkern Garantie bieten, daß es sein Wort auch wirklich halten wird. Bisher fehlt jede genauere Kontrolle über die Stärkeverhältnisse der russischen Armee, wie sie in parlamentarisch regierten Ländern besteht.

Und Schiedsgerichte sind gewiß eine löbliche Einrichtung. Aber wie die Worte des Zaren selbst zeigen, Schiedsgerichte können Kriege hinauschieben und unnützig Kriege verhindern. Doch die tiefen wirtschaftlichen Interessengegensätze der kapitalistischen Staaten können durch juristische Instanzen nimmermehr beseitigt werden. Und gerade Rußlands kapitalistische Ausdehnungspolitik im Orient und in Ostasien ist ein Hohn auf die schönen Worte des Zaren.

Deutsches Reich.

Wieder in Berlin.

Die Reichshauptstadt hatte heute Gelegenheit, in Konkurrenz mit Damaskus zu treten, jener berühmten Stadt, da man noch weiß, was begeistert sein heißt. Das deutsche Kaiserpaar zog heute Mittag in Berlin ein. Es fehlte weder an Publikum, noch an Fahnen, und die glänzenden Uniformen erinnerten sinnungsvoll an die orientalische Farbenpracht, von der die Märchen erzählen, während die Allongeperrücken der Piqueurs wieder ins Abendland zurückführten. Am Brandenburger Thor richtete Bürgermeister Jelle, der in Gesellschaft der Stadtrathen, Vorsteher und einiger Stadträte erschienen war, eine Ansprache an das Kaiserpaar, die magistrats-freisinnig, d. h. fromm und submissiv war.

Der Kaiser sprach in seiner Erwiderung seinen besonderen Dank aus, daß man sich von dem patriotischen Empfang durch das schlechte Wetter nicht habe abhalten lassen. Er versicherte, daß seine so schöne Reise voll mächtiger Eindrücke auf den Gebieten der Religion, der Kunst und der Industrie gewesen sei. Das Eine aber laun ich Ihnen sagen, daß wir überall den deutschen Namen in allen Ländern und allen Städten geschätzt und geachtet gefunden haben, wie nie zuvor. Ich hoffe, daß dies so bleiben wird und daß unsere Reise dazu beigetragen haben möge, der deutschen Energie und deutschen Thätigkeit neue Abfahrgelände zu eröffnen, und daß es mir gelungen ist, daran mitzuwirken, unter den Völkern den Frieden zu befestigen.

Den kommerziellen Zwecken der Fahrt ins heilige Land hat der Kaiser also offenbar seine vornehmliche Rücksicht angedeihen lassen. Eine ganz besondere Auszeichnung hatte der Kaiser Herrn Reichner zugesprochen. Schon hatte man den Bürgermeister in den Verdacht gebracht, seine Befähigung sei deshalb so lange ausgeblieben, weil sein Bildniß nicht den gebräuchlichen höflichen Bau besäße. Davon kann nunmehr keine Rede sein, nachdem man den Grund der Verzögerung kennt. Der Kaiser wollte persönlich in einem hervorragend feierlichen Augenblick die Befähigung übermitteln. Das geschah heute in der Ansprache, in der der Kaiser die Hoffnung aussprach, daß das städtische Gemeinwesen unter Ihrer Leitung auch weiterhin lehrreich sich entwickeln werde.

Es ist somit nicht nur die kaiserlose, sondern auch die säkredliche oberbürgermeisterlose Periode vorüber.

Die Agrarier in der Klemme.

Graf zu Dohna-Wundlaken, Provinzialvorstand der Bundes der Landwirthe, hat im Auftrage österröcherischer Wähler ein Schreiben über die Landarbeiterfrage in den östlichen Provinzen an den Oberpräsidenten Grafen v. Bismarck gerichtet. Darin wird gebeten, es möge der dauernde Aufenthalt von russisch-polnischen Arbeitern gestattet werden. Es heißt daselbst:

Die Arbeiternoth ist auf dem Lande jetzt eine noch schwerere Kalamität als der mangelhafte Polshung der ländlichen Produkte. Die Millionen, welche für Meliorationen und anderweitige Forderung der Landwirtschaft ausgegeben wurden, sind fortgeworfenes Kapital, wenn nicht genügende Arbeitskräfte zum Betriebe der Wirtschaft vorhanden sind.

Der naturgemäße Ersatz würde nun sein, wenn aus dem Osten frische Arbeitskräfte unserer Provinz zuströmen würden. Diesen natürlichen Zustuh hat man aber abgegraben durch das Verbot der Sekshastmachung von russisch-polnischen Arbeitern. Sollte es nicht möglich sein, in begrenzter Anzahl unverheiratete russische jüngere Landarbeiter hier einheimisch zu machen? Man könnte zur Bedingung machen, daß dieselben bei ihrer Naturalisirung sich mit deutschen Mädchen verheirathen und sich in deutschen Gegenden niederlassen. Man könnte ferner für die Zahl dieser Leute ein Maximum für jeden Kreis festsetzen.

Es müßte als ein trauriges Zeichen für unsere deutsche Kultur angesehen werden, wenn dieselbe durch Einwanderung einiger tausend polnischer Landarbeiter gefährdet würde. Im Gegentheil darf man hoffen, daß diese Elemente durch ihren Verkehr mit den Deutschen in ein oder zwei Generationen germanisirt sein werden. Die große Zahl gut deutscher Männer mit gut polnischen und anderen slavischen Namen kann wohl als der beste Beweis dafür angesehen werden.

Recht drohlig ist die Zustimmung, daß den polnischen und russischen Arbeitern, die bereit sind, für unsere Junker zu arbeiten, vorgeschrieben werden solle, wie sie sich verheirathen sollen. Einen feudalen Gedanken hätte auch ein Stimm nicht erfinden können.

Doch dies nebenbei. Wichtiger ist, daß durch das Schreiben des Grafen zu Dohna der Bankrott der Germanisirungspolitik erwiesen wird, welche die preussische Regierung zu ihren höchsten Aufgaben gerechnet hat, welche die preussische Regierung mit rücksichtsloser Härte durchgeführt hat und der unser chauvinistisches Agrarierthum stets zugejubelt hat.

Ersi in diesen letzten Tagen frohlockten die bündlerischen Blätter über die Danenauströmungen aus Schleswig-Holstein durch Herrn v. Köller. Im Namen des Deutschthums und seiner Erhaltung wurde jede noch so schroffe Maßregel gebilligt. Und siehe da — jetzt fordern dieselben Agrarier die Einföhrung tausender polnischer und russischer Arbeiter, deren Verjagung und Fernhaltung bisher als höchstes Ideal preussischer Staatspolitik galt.

Gehaltsausbesserung der Unterbeamten.

Wieder wird in der „Münchener Allg. Ztg.“ ein Stills des Etats beantragt, und zwar handelt es sich diesmal um die Unterbeamtengehälter. Nach diesen Mittheilungen hebt der Gesetzentwurf für die Bestimmung des Reichshaushalts-Etats 1899 bezüglich der Gehaltserhöhung hervor, daß nach dem im Vorjahre erfolgten Abschluß der Aufbesserungsbewegung noch einzelne Wünsche theils des Reichstags, theils der einzelnen Verwaltungszweige zu berücksichtigen bleiben. Den Resolutionen des Reichstages wegen Erhöhung des Endgehalts der Landbriefträger von 900 auf 1000 M. und wegen Erhöhung des Anfangslohnes in der Postschaffnerklasse auch für die seit dem 1. April 1898 Angestellten von 800 auf 900 M. hat der Bundesrath für 1899 zugestimmt mit. Gleichzeitig sind in allen Verwaltungen statt der Gehälter von 700—900 M., wie bei den Landbriefträgern, solche von 700—1000 M. und statt der mit 800 M. beginnenden Unterbeamten-

gehälter mit 900 M. beginnende Stufenfolgen vorgesehen. Bei den Reichs-Gehaltsämtern treten für den fehlenden pensionsfähigen Wohnungszuschuß 120 M. hinzu. Die Aufbesserung könne sich überhaupt nicht auf den durch die Reichstags-Resolutionen vorgesehenen Rahmen beschränken; deswegen werden gleichmäßig auch verschiedene Unterbeamten-Stellungen, die wegen erforderlicher besonderer Schulung oder Befähigung schon jetzt mit etwas höheren Gehältern ausgestattet sind, zur Aufbesserung mit vorgeschlagen.

Dah der Reichstag den Herren Staatssekretären die gewünschte Erhöhung ihrer Gehälter für so lange verweigert hat, bis auch die Gehälter der Unterbeamten erhöht werden, ist also nicht ohne Wirkung geblieben.

Im übrigen können wir getrost unsere Freude darüber aussprechen, daß es den einzig und allein auf sozialdemokratische Anträge zurückzuführenden, wiederholt in den letzten Jahren gestellten Resolutionen endlich gelungen ist, den Post-Unterbeamten und weiterhin den gesamten Unterbeamten ein wenig von dem zugunwenden, was ihnen längst schon von Rechts wegen gebührt.

Sich bei dem Ermüngen zu beruhigen und von nun an die Hände in den Schooß zu legen, wäre aber verkehrt. So z. B. macht die Regierung mit dem vom 1. April nächsten Jahres in Kraft tretenden Aufbesserungserst einen halbwegs Schritt. Da die jetzt beschlossene Erhöhung für einen Theil der Beamten der Postschaffnerklasse gar keine Erhöhung, sondern nur eine Befestigung der ihnen durch das Alterszulagegesetz zugesicherten Gehälter (Verabfolgung des Anfangsgehalts von 900 auf 800 M.) darstellt, so wird es Sache des Reichstages sein, die Regierung zu veranlassen, daß allen seit dem 1. April 1898 angestellten Unterbeamten (Postschaffnern) das ihnen seitdem zu wenig gezahlte Gehalt nachgezahlt werde.

Bismarck und das Sozialistengesetz. Es gehört zu den Eigentümlichkeiten des allgermanischen Heros, der fast zum Sinnbild deutscher Kraft geworden ist, daß kein Reich der Weltgeschichte so viel von seiner schlechten Gesundheit gesprochen und geschrieben hat, wie Fürst Bismarck. Auch sein 20. März-Buch ist voll von Betrachtungen über seinen Gesundheitszustand, und bei solcher Gelegenheit erfahren wir auch etwas über das — Sozialistengesetz. Die welthistorischen Gedanken und Erinnerungen über dieses Werk seines staatsmännlichen Genies beschränken sich, soweit wir sehen, auf die folgenden Sätze: „Unmittelbar nach meiner Rückkehr nach Berlin hatte ich die Vorlage des Sozialistengesetzes im Reichstage zu vertreten und fand dabei die Erfahrung bestätigt, daß die oratorische Leistung auf der Tribüne eine geringere Nervenanforderung erfordert als die Korrektur einer langen, schnell gesprochenen Rede, deren Wortlaut an leitender Stelle vertreten werden soll. Während einer solchen Korrektur kam bei mir eine seit Monaten vorbereitete Nervenzerrüttung körperlich zum Ausdruck, gleichsam in der leidenschaftlichen Form der Kesselflut.“ Die Kesselflut pflegt sonst zu den lächerlich-lästigen Annahmlichkeiten zu gehören, von denen man nicht spricht. Dennoch gehört die Erwähnung dieses Falles zweifellos in die Akten der Geschichte. Denn da Kesselflut als Folge einer Idiosynkrasie sich einzustellen pflegt, so ist aus dem Auftreten dieser Erscheinung gerade zur Zeit der Beschäftigung mit dem Sozialistengesetz zu schließen, in welchem Gemüthszustand er sich damals befunden hat. Das Sozialistengesetz als Idiosynkrasie! Freilich ist solche Deutung der Handlungsweise Bismarck's alzu glänzend, und wir vermuthen, daß der verhärmte Hinweis auf diese gesundheitlichen Nothwe seiner Staatsrettung in die Reihe der zahlreichen Versuche einzuordnen ist, die Schuld an Mißerfolgen fremden Einwirkungen zuzuschreiben. Wenn's nicht die Kollegen oder die Kaiserin sind, die Bismarck's Pläne durchkreuzten, so müssen es eben die Nerven sein.

Uebrigens sucht Bismarck sich nicht nur von dem Sozialistengesetz zu entlasten, sondern er spricht auch von dem Attentat in einer Weise, die man leicht als eine anaristische Verherrlichung der Propaganda der That auffassen könnte. Er erzählt nämlich, daß Mitte der sechziger Jahre die geistige Empfänglichkeit des Kaisers im Aufstehen anderer und Entwickeln eigener Vorkänge schwerfälliger funktionirte. Das Nobilitäts Attentat aber veränderte diesen Zustand. Der Kaiser ward freier und lebendiger; er genügte sogar zu scherzen: „Nobilität hat besser als die Verste gewohnt, was mir fehlt: ein lästiger Aderlaß.“ So scherzhaft betrachtete man die Sache, und dervon wurde die öffentliche Meinung durch alle Mittel der Korruption aufgeregt, um das answärts strebende Proletariat zu knebeln.

Zentrum und Militärvorlage. Die „Germania“ macht folgende Ausföhrung:

Sie (die Mittheilungen) liefern einweilen den Beweis, daß die Militärvorlage sich im großen und ganzen nur mit Schaffung der noch fehlenden höheren Verbände, mit einer kleineren Regimenter und mehr Brigaden schaffenden zweckmäßigeren Organisation der Feldartillerie und mit Errichtung der längst entbehrten Telegraphen-Gruppen begnügt — Punkte, bezüglich deren unsere Rathbarn bereits vorangeeilt sind und hinsichtlich deren die Militärverwaltung wohl auf die Zustimmung aller rechnen kann, welche die Sicherheit des Reiches in einer leistungsfähigen, zweckmäßig organisierten Armee erblicken.

Nach den Ausführungen der „Germania“ zu urtheilen ist das Zentrum also bereit, die Militärvorlage anzunehmen.

Wie anders einst und jetzt. Einst scharfe Kritik an der Militärvorlage der Regierung, jetzt vorbehaltlose Zustimmung zu einer ganz bedeutenden Erhöhung der Friedenspräsenz und des Budgets.

Neubefestigung höherer Verwaltungsklassen. Die „Allg. Ztg.“ versichert, daß in den allerersten Tagen eine Reihe höherer Stellen neu besetzt werden dürften, andererseits aber auch für diese nächste Zeit der Eintritt mehrerer Regierungspräsidenten infolge Krankheit oder hohen Alters bevorstehe.

Die Mittheilung vom bevorstehenden Abgang des Herrn von Zukanus wird von mehreren Seiten bezweifelt.

Gegen die Sonntagsruhe. Die „Berliner Neuesten Nachr.“ schreiben:

Die einzelnen Bundesregierungen sind schon vor längerer Zeit zu eingehenden Erhebungen und Berichten über die Wirkung des Gesetzes über die Sonntagsruhe veranlaßt worden. Dieses gesammelte Material soll dem Reichsamt des Innern zur Grundlage für etwaige Abänderungen des Gesetzes oder seiner Ausführungsbestimmungen dienen. Besondere dringliche Anträge der beteiligten Interessenten sind, soweit dies zulässig ist, schon jetzt im Verwaltungsweg befähigt worden.

Kein Zweifel über die Bedeutung dieser Erhebungen und Materialsammlungen. Der Unternehmer Nachgebot fordert eine weitere Durchföhrung der schon so dürftigen Sonntagsruhe der Arbeiter. Und die Regierungen gehorchen.

Wohnungsnoth. Mehr als je werden gegenwärtig wieder die Fragen der Wohnungsnoth und der eventuellen gesetzlichen Abhilfsmittel dagegen erörtert. Besonders die Frage eines Reichs-Wohnungsgesetzes wird in weiteren Kreisen erörtert. Das können sich die deutschen Hausagrarier natürlich nicht gefallen lassen. Sie machen bekannt: „Der Zentralverband der deutschen Haus- und Grundbesitzervereine will durch eine eigens durch die Hausbesitzervereine angestellte Statistik der Regierung den Nachweis erbringen, daß, vielleicht von vereinzelten Fällen abgesehen, eine Wohnungsnoth, besonders bezüglich kleiner Wohnungen, nicht besteht. Diesen Nachweis hält der Zentralverband um so mehr für notwendig, als die Behauptung von einem Mangel an kleinen Wohnungen von gegnerischer Seite dazu verwendet wird, die Erbauung von Miethshäusern durch Genossenschaften zu befürworten, zumal die heutige Strömung in der Sozialpolitik diesen Bestrebungen sehr zu statten kommen würde. Es werden daher alle deutschen Haus- und Grundbesitzer-Vereine angefordert, in „un-ansehnlicher“ Form der Regierung gegenüber den Gegenbeweis zu erbringen und mitzuwirken an der Aufstellung einer diesbezüglichen Statistik, wozu die Unterlagen vom Zentralverbande jetzt zur Ausgäbe gelangen.“

Somit werden Statistiken aufgestellt, wenn irgend welche Dinge erforscht werden sollen, in denen man ohne das Mittel der Statistik nicht klar sehen kann. Die Herren Hausagrarier wissen dagegen schon ganz genau, wie die Sache zusammenhängt, und sie wollen nur eine Statistik zusammenbringen, durch die das, was sie jetzt schon wissen, auch bewiesen wird. Wir meinen, daß die Miethshäuser auf dem Gebiet des Wohnungswesens so allgemein bekannt sind, daß sich die Hauspächter Mühe und Kosten ihrer Statistik ruhig sparen könnten. Ueberzeugen werden sie mit ihrer Gewaltstatistik niemanden.

Andrückung mit Schnellfeuergeschützen. Noch vor Abschluß des Jahres werden, wie die „Schles. Volksztg.“ erfährt, auch die Feldartillerie-Regimenter der Armee, welche das neue Schnellfeuergeschütz bis jetzt noch nicht in Händen hatten, damit ausgerüstet und somit die gesammte Feldartillerie mit dem Schnellfeuergeschütz versehen sein, so daß die Ausbildung der im Oktober eingetretenen Rekruten bei allen Regimentern mit dem neuen Geschütz zu erfolgen vermag.

Wald nach Einführung des neuen Schnellfeuergeschützes dürfte sich die „Nothwendigkeit“ ergeben, ein noch schnellerfeuerndes Geschütz einzuföhren.

Gegen das jetzige Garnisonungssystem wendet sich auch die „Deutsche Tagesztg.“. Sie hat bei dem beständigen „Leutemangel“ in den östlichen Theilen Preußens nun auch entdeckt, daß die jetzige Vertheilung der Rekruten frisch vom Lande weg in die großen Garnisonsstädte eine Landentfremdung der ausgedienten Soldaten zu Wege bringt. Die Zeitung schreibt:

Uns hat die Deeresverwaltung ja in dankenswerther Weise gethan. Sie hat sich bemüht, die entlassenen Reservisten dem Lande und der Heimath wieder zuzuföhren. Diese Bemühungen werden aber leichter und erfolgreicher sein, wenn man sich entschließt, mit dem Grundzuge der Zusammenföhrung der Regimenter in den großen und größeren Städten zu brechen. Neue Bataillone und Regimenter müssen möglichst in kleinere Städte ländlicher Umgebung gelegt werden. Dann tritt die Land- und Heimathsentfremdung der Soldaten gar nicht ein. Sie behalten die Beziehungen zur Heimath, deshalb bleibt auch der Jug dahin lebendig. Sie freuen sich, wenn sie heimkehren können, und bleiben nicht in den Städten hängen.

So gewiß bei dem Arbeitermangel auf dem Lande auch noch sehr viele andere Gründe mitsprechen, so gewiß trägt doch das Garnisonungssystem einen großen Theil der Schuld an dieser landwirtschaftlichen Kalamität. Ueber gerade in diesem Punkte dürften die Herren Agrarier bei der Regierung, die sonst agrarischen Wünschen nur allzu zugänglich ist, einmal ausnahmsweise kein Untgegenkommen finden. Denn es liegt ein wohlerwogenes Prinzip zu Grunde, wenn die frischen, gefunden und politisch ganz indifferenten Jungen der ostelbischen Fluren in die Gorberegimenter der Hauptstädte gestellt werden, um dort nicht nur die Hüter des deutschen Rheins, sondern eventuell die Bekämpfer und Vernichter des „inneren Feindes“ zu sein — und wenn die politisch vielleicht schon infizierten Söhne der großen Städte in die kleineren und weit entfernteren Garnisonen abgehoben werden. Die aus der Stadt stammenden jungen Leute kehren nach Auföhrung der Dienstzeit in die Städte zurück, und die Söhne des Landes bleiben in allen möglichen Stellungen da. Ueber dies alles wird die preussische Regierung nicht veranlassen, in dieser Angelegenheit zulässig anders zu verfahren. Um hierin eine Aenderung zu erzielen, dazu wird selbst der agrarische Einfluß und der „Leutemangel“ auf dem Lande nicht ausreichen.

Ueber neue Ausweisungen in Schleswig-Holstein wird der „Krieger Zeitung“ vom 30. November aus verschiedenen Gegenden berichtet: Aus Alsen wurden siebzehn Dienstboten mit 24 stündiger Frist ausgewiesen. Im Kreise Hadersleben wurden ebenfalls sechs Dienstboten und ein Arbeiter, der verheirathet ist und vier Kinder hat, mit 24 stündiger Frist ausgewiesen. — Aus der Gemeinde Hagenberg auf Alsen schreibt man, daß die deutsch geünnten Gemeindeglieder im Begriffe sind, einen Antrag an Oberpräsident v. Köller einzubringen, er möge die Ausweisungsbefehle an den Hofbesitzer R. Schmied und Familie zurücknehmen.

Auch diese Nachrichten bestätigen wieder, daß, wie Herr v. Köller übrigens selbst vergnüglich zugab, bei den Ausweisungen einfach dringeschlagen wird. Wenn der Schlag trifft, den trifft er. Der Zweck ist, Furcht zu verbreiten und einschüchtern. Statt dessen wird man nur immer mehr Haß und Erbitterung zeitigen.

Die Früchte der Köller'schen „Versuchspolitik“ äußern sich aber auch bereits in wirtschaftlichen Schädigungen deutscher Reichsangehöriger. Was eine Anzahl Berliner Geschäftsbauer an sich erfahren mußten, nämlich, daß dänische Firmen ihnen ihre Kunden ablagten, ist jetzt, wie die „Königsb. Hartung'sche Zeitung“ mittheilt, dortigen Firmen widerfahren. Ihre Offerten wurden seitens der dänischen Firmen zurückgewiesen mit dem Hinweis, daß sie beabsichtigen, jede geschäftliche Verbindung mit Deutschland abzubrechen. — Der Reichstag wird also nicht umhin können, sich mit dem schneidigen Vorgehen des ehemaligen Polizeiministers zu befassen.

Gegen die Rabatt-Sparvereine ist unter den kleinen Handel- und Gewerbetreibenden schon seit langem eine Agitation im Gange. Am Mittwoch ist nun, wie berichtet wird, eine Abordnung des Bundes der Handel- und Gewerbetreibenden und des Zentralvereins selbstständiger Gewerbetreibender vom Handelsminister empfangen worden. Die Deputation überreichte im Namen von 26 Vereinen eine Eingabe betr. die Rabatt-Sparvereine. Der Minister ließ sich eingehend über die thatsächlichen Verhältnisse, sowie über die Wünsche der beteiligten Kreise, welche die Stellung dieser Vereine unter das Wirtschaftsgesetz, sowie Heranziehung derselben zu den städtischen und staatlichen Steuern beantragen, Bericht erstatten, und ersucht um Einreichung statistischen Materials, aus dem sich eine Gesamt-Uebersicht über die Schädigung des Handels durch die Rabatt-Sparvereine ergeben lasse. Der Minister versprach eine gründliche Prüfung der Angelegenheit, sowie der etwa zu ergreifenden erforderlichen Maßregeln. Eine bezügliche Denkschrift ist bereits in Vorbereitung und soll demnächst dem Handelsminister zugehen.

So sehr wir uns auch frei wissen von einer Ueberschätzung der Rabatt-Sparvereine — können sie doch weitestgehend zur Hebung der Lage der Arbeiterklasse nicht beitragen —, so möchten wir doch feststellen, daß der Beweggrund für das Vorgehen des Bundes der Gewerbetreibenden lediglich der Konkurrenzneid ist. Unzulässig ist auch das freundliche Untgegenkommen des Ministers, Wünschen der Arbeiterschaft gegenüber pflegt man zugewandter zu sein.

Ueber den Kirchenbesuch und die staatlichen Maßregeln, denselben zu befördern, äußert sich der bekannte sozialpolitische Landgerichtsrath Kulemann in der „Braunschweigischen Landeszeitung“. Kulemann untersucht, unter welchen Gesichtspunkten aus religiösen Gründen grundsätzlich ein Eingriff in die persönliche Freiheit der Arbeit und des Vergnügens zulässig ist und kommt zu dem Schluß:

Ich kann hier keinen anderen Gesichtspunkt finden, als den, daß jeder Staatsbürger das Recht hat, gegen eine Verletzung seiner religiösen Gefühle geschützt zu werden. Es liegt mir daran, festzustellen, daß jedenfalls ein anderer Gesichtspunkt, der bisher die Grundlage der gesetzlichen Regelung gewesen ist, grundsätzlich abgelehnt werden muß, nämlich der, daß es Sache des Staates sei, den Kirchenbesuch künstlich zu fördern.

Diesem Standpunkt entsprechend kommt der Verfasser zu dem Schluß, daß freilich alles zu verbieten sei, was eine unmittelbare Störung des Gottesdienstes bedeuten würde, darüber hinaus aber niemand in seinen Arbeiten und Vergnügungen zu beschränken. So wären wohl z. B. Konzerten im Orte während des Gottesdienstes oder auch öffentliche Umzüge als störend zu bezeichnen. Doch meint er weiter:

Das trifft aber nicht zu, wenn es sich um Veranstaltungen außerhalb dieses Wohnbezirkes handelt. Nicht ein Verein oder eine sonstige Gesellschaft am Sonntag Morgen in den Wald, so wird man nicht behaupten können, daß das, was sie dort treibt, das Gefühl der Äbrigen, insbesondere der Kirchengänger verletz. Das ist alles sehr richtig. Aber im jetzigen der Wanderei wird Herr Kulemann mit seinen Anstalten sehr wenig Glück haben. Gilt es doch gegenwärtig als eine der wichtigsten Regierungsmaximen, dem Volke die Religion zu erhalten. In gunsten dieses Grundgesetzes muß sich das Volk eben auch einige polizeiliche Schutzeinrichtungen zu Gunsten des so schwachen Kirchenglaubens gefallen lassen.

Gegen die Ertheilung von Religionsunterricht in Kleinkinder-Schulen wendet sich ein Erlaß des kaiserlichen Oberpräsidenten Freiherrn von Bismarck-Wildendorf. Danach soll in diesen Schulen von einem förmlichen systematischen Religionsunterricht abgesehen werden, da die Ertheilung eines solchen über den Zweck dieser Anstalten hinausgeht und geeignet sei, die noch nicht in schulpflichtigem Alter stehenden Kinder zu überanstrengen. Der Erlaß hebt besonders hervor, es dürfe nicht geduldet werden, daß Kinder deutscher Nationalität in Kleinkinder-Schulen Religionsunterricht und sonstige Unterweisung in polnischer Sprache erhalten.

Es handelt sich bei diesem Erlaß wohl nur um die sogenannten Spielschulen oder Kindergärten, und zudem ist das Hauptmotiv der Verfügung ein national-politisches. Es soll nämlich verhindert werden, daß die Kinder deutscher Eltern mit der polnischen Sprache belannt gemacht werden. Im übrigen ist der genannte Oberpräsident ein sehr frommer Herr, und an eine Verminderung der in unseren Volksschulen eingeführten religiösen Dresse ist nicht zu denken.

Im zweiten Berliner Landtags-Wahlkreise wurde am Mittwoch Abend in der Versammlung der freisinnigen Wahlmänner im Bughen-Hausen Saale mit 857 von 608 abgegebenen Stimmen der Stadtverordnete Karl G o l d s c h m i d t zum Kandidaten proklamiert. Außerdem erhielten Stadtv. Rosenow 147, Reichstags-Abg. Fischbed 111 und Stadtv. Hugo Sachs 51 Stimmen.

Homburg v. d. Höhe, 1. Dezember. Amliches Wahlergebnis. Bei der Landtags- und Kreiswahl im Wahlkreise Oberlausitz-Franken a. M. (Land) (10. W. B. B.) wurde Ober-Landesgerichtsrath Dr. Göttsche - Frankfurt a. M. (nat.) mit allen 196 abgegebenen Stimmen gewählt.

Ankauf der Karolineninseln?

Der „Post. Ztg.“ wird aus London folgendes telegraphirt: Der Berliner Berichterstatter der „Daily News“ erfährt, die Regierung Deutschlands beabsichtigt, die Karolineninseln — mit Ausnahme der einen an Amerika als Kolonisation abzutretenden Insel — zu erwerben, sei richtig. Sollte Spanien gewillt sein, die Inseln an Deutschland zu einem vernünftigen Preise zu verkaufen und sollte Deutschland die Ueberzeugung gewinnen, daß keine Verwickelungen aus einem solchen Geschäft entstehen, werde es abgeschlossen werden. Die deutsche Regierung würde indess in keinem Falle etwas thun, was die deutsch-amerikanischen Beziehungen trüben oder auf den Widerstand Englands stoßen könnte.

Ausland.

Die Karlistengefahr in Spanien.

Eine halbamtliche Mittheilung aus Madrid erklärt die unläufigen Gerüchte über massenhafte Einschmuggelungen von Waffen für unwichtig. Alle Führer und Agitatoren der karlistischen Partei in den nördlichen Provinzen würden sehr scharf bewacht, und es seien bisher nur bei einem Agitator zehn neue Gewehre gefunden und beschlagnahmt worden.

Wiewohl steht auch die Regierung die Lage als eine sehr ernste an, da Mittheilungen darüber eingegangen sind, daß Vertreter des Don Carlos mit ausländischen Waffenfabriken in Unterhandlung stehen.

Charakteristisch für den Ernst der Situation ist die folgende Privatdepesche, welche die „Postische Zeitung“ erhält: Alle nach außerhalb bestimmten Drahtmeldungen über die Karlistengefahr unterliegen neuentens einer so scharfen Zensur, daß die unabhängige telegraphische Berichterstattung geradezu unterbunden ist.

Zusammenbruch des Zentralamerikanischen Bundes.

Aus New-York meldet das „Reuter'sche Bureau“: Ein Telegramm aus Managua besagt, die Begründer der Vereinigten Staaten von Zentralamerika erklären die Großrepublik von Zentralamerika für aufgelöst. Nicaragua und die anderen Staaten nehmen wieder den Charakter als vollkommen selbständige Staaten an. Der Friede scheint bisher nicht bedroht.

Der Zusammenbruch des Bundesplanes wird folgendem Vorgange zugeschrieben: Die Truppen von Honduras hatten vergeblich versucht, den Aufstand, der in San Salvador gegen den Abfall des Bundes mit Honduras und Nicaragua ausgebrochen war, im Auftrage der Leiter der Bundesbewegung zu unterdrücken.

Depeschen aus San Francisco melden, daß General Negandado, der die Präsidentschaft von San Salvador an sich gerissen habe, Kranjo zum geschäftsführenden Minister eingesetzt habe. Die Regierung sei nunmehr in den Händen der Revolutionspartei.

Oesterreich-Ungarn.

Amnestie. Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht ein Handschreiben des Kaisers an den Justizminister Dr. v. Huber, in welchem er anlässlich des Regierungsjubiläums volle Amnestie für Verbrechen der Majestätsbeleidigung oder der Beleidigung von Mitgliedern des kaiserlichen Hauses, die bis zum 2. Dezember d. J. begangen sind, ertheilt, und nach welchem 548 anderen Sträflingen der Rest der Freiheitsstrafe erlassen wird.

In Preußen-Deutschland haben sich die Vertreter der Krone nicht zur Empfehlung eines solchen vernünftigen Amnestie-Erlasses bei feierlichen Gelegenheiten des kaiserlichen Hauses aufgeschlossen. Dafür werden bei uns bestrafte Schulpflichtige und ähnliche Staatsbürger fast alltäglich begnadigt.

Frankreich.

Paris, 1. Dezember. Der Senat hat beabsichtigt für den Fall, daß der Kassationshof sich bezüglich des Prozesses Picquart vollständig passiv verhalten sollte, eine neue Interpellation einzubringen. Es verlautet, ein anderer Senator beabsichtigt darüber zu interpellieren, weshalb das Amtsblatt jene Stelle der Rede Dupuy's fortgelassen habe, in welcher es heißt, der Kassationshof besitze diskretionäre Gewalt.

Der Untersuchungsrichter Jolly, der die Untersuchung gegen die Madame Palmier führt, hat seine Arbeit beendet und beantragt, Madame Palmier wegen des bekannten Revolverattentats vor das Schwurgericht zu stellen.

Der Kassationshof nahm heute das Verhör Picquart's wieder auf und wird dasselbe wahrscheinlich heute zu Ende führen.

Belgien.

Brüssel, 30. November. („Frankf. Ztg.“) Im Arbeitsministerium wird eine Revision des Gesetzes von 1887 über die Industrie- und Arbeiterkammern vorbereitet werden. Man wünscht die bisher sehr geringe Wirksamkeit derselben als Einigungsämter bei Lohnstreitigkeiten zu verstärken. Da man aber vor dem Keuzeländer-System, das den Aussprüchen der Einigungsämter Zwangscharakter verleiht, zurückschreckt, so sei auch von einem reformirten Gesetz nicht abzuwarten. Das Ministerium beabsichtigt, bei dem Unfallversicherungsgesetz in der Kammer die Vertrauensfrage zu stellen und falls die von den Sozialisten und den Christlich-Sozialen geforderten weitestgehenden Verbesserungen unannehmlich.

Spanien.

Die Gebeine des Columbus. Aus Madrid wird vom 30. November geschrieben: Heute wird von Havana aus an Bord des Dampfers „San Augustin“ das Grabdenkmal des Columbus nebst allen Steinplatten und Einwickelungsstücken nach Spanien eingeschifft. Zur Ueberführung des Sarges mit den Gebeinen wird ein spanisches Kriegsschiff nach Havana entsandt werden. In welcher Stadt Spaniens die künftige Ruhestätte für die Ueberreste des großen Seefahrers errichtet werden soll, ist noch nicht entschieden.

Italien.

Aus Rom wird am, d. d. 28. November, geschrieben: Heute diskutirte die Kammer die Antwort-Adresse auf die Thronrede. Die bedeutendste Rede war die des Genossen Andrea Costa, der sich scharf gegen die Bezeichnung von „Verführern und Verführten“ wandte. Die sogenannten Verführer haben organisiert und befehlet — nirgends ist es durch sie zu Unordnungen und Gewaltthatigkeiten gekommen. Der Ausdruck des Volkes war spontan — ein Ausdruck der Verzweiflung. Von „Verführten“ zu reden, ist ein Faustschlag ins Gesicht der Thatfachen. Costa forderte mit leidenschaftlichem Nachdruck die volle und ganze Amnestie. Nicht Gnade, sondern Amnestie, das heißt Vergessen — Vergessen des Unrechts, das geschehen und das nicht auf Seiten der Opfer gewesen.

Von der Anarchistenkonferenz sagte er: Die Konferenz hat wohl einen Zweck, jedoch keinen Sinn. Man will die anarchistischen Verbrechen unterdrücken. Gut. Die Verbrechen soll man unterdrücken, wenn es möglich ist. Aber welcher Unterschied ist zwischen anarchistischen und gemeinen Verbrechen? Was hat ein Verbrechen mit der Politik zu thun? Wer Verbrechen für die Politik ausgenommen sucht, stempelt sich selbst zum politischen Verbrecher.

Und was die, als anarchistisch bezeichneten Gewaltthaten einzelner betrifft, so sind es die Thaten von Menschen, die durch Noth und Arbeitsmangel aus dem Vaterland getrieben waren.

Die Anarchistenkonferenz ist einfach lächerlich und die Regierung hat sich mit Schmach bedeckt, indem sie dieselbe nach Rom berief. Herr Pelloni, der Ministerpräsident, wußte nichts zu antworten und entsetzte die Heiterkeit der Kammer durch die scharfsinnige Bemerkung, daß eine „mäßige“ Amnestie vielleicht ganz nützlich wäre, weil dadurch „Menschen-Ansammlungen“ in den Gefängnissen verhindert würden! — Inzwischen tagt die Anarchistenkonferenz weiter. Die Mitglieder sind sehr schweigsam; allein unter vier Augen geben sie das Plakat zu.

Die Blätter veröffentlichten eine lange Denkschrift der Herren Arapokin, Grave und anderer Gelehrten des Anarchismus, die sich darin die höchst überflüssige Mühe machen, zu zeigen, daß die italienische Regierung vom Anarchismus solche Begriffe hat.

In Rimini sind die politischen Verbrecher Zurati, de Andreis, Malatesta, Cocavelli, Ghiesi, Romussi und Serpiori zu Gemeinderäthen gewählt worden.

Afien.

Bombay, 30. November. Wie hierher berichtet wird, hält der Mullah die Berge fest, welche die Straße Pandshora-Nishital beherrschen, und bedroht dadurch den Verkehr auf dieser Straße. Es geht das Gerücht, er beabsichtige Shabdara und Malalad anzugreifen.

Von den Philippinen. Nach einer Meldung der „Agence Havas“ aus Madrid sind dort Nachrichten von den Philippinen eingetroffen, denen zufolge die Aufständischen die amerikanische Herrschaft zurückweisen würden; sie würden die Amerikaner bis auf äußerste Belästigung und wollten 10 000 Mann spanischer Truppen als Gefangene zurückhalten, um sie zu zwingen, gegen die Amerikaner zu kämpfen.

Neue Pestnachrichten.

Das Auftreten der Peulenpest in Lamatave auf Madagaskar wird amtlich bestätigt. Die Nachforschungen nach dem Ursprung ihres Entstehens auf Madagaskar sind bisher ergebnislos. Rund um Lamatave sind Quarantänemaßnahmen getroffen. Die Epidemie ist dortselbst stationär; sie ergreift besonders die Eingeborenen und verliert die europäischen Ansiedler.

Die Londoner „Daily Mail“ meldet aus Kairo, der Präsident des Quarantänerrathes habe berichtet, daß bei Ankunft des von Bombay kommenden Dampfers „Galadonia“ in Suez ein Sanitätsoffizier einen Eingeborenen an Bord entdeckte, welcher Symptome von Peulenpest zeigte, und noch einen anderen Pestverdächtigen. Beide Personen seien isolirt worden.

Partei-Nachrichten.

Bei den Stadtverordneten-Wahlen in Solingen erhielten in der 3. Abtheilung unsere Kandidaten David Wed, Ernst Karkert und Ernst Wollengraben 144, 141 und 135 Stimmen. Die „Fraktion Schumacher“ hatte ebenfalls Kandidaten aufgestellt; dieselben erhielten Stimmen: Emil Hehner 295, Karl Eichorn 274 und Georg Schumacher, der beziehungsweise auch von den Bürgerlichen aufgestellt war, brachte es mit deren Hilfe auf 402 Stimmen. Auf die bürgerlichen Kandidaten fielen Stimmen: David Nütgen 556, Karl Lütters 472, Hermann Hopp 446, Gust. Pfaffroth 287. Das Ergebnis der Wahl ist, daß die letztgenannten vier Bürgerlichen und von der „Fraktion Schumacher“ Georg Schumacher und Emil Hehner sich einer Stimmwahl zu unterziehen haben. Wie man uns aus Solingen schreibt, wird die Parole der Parteigenossen voraussichtlich sein: Nieder mit den Renegaten!

In Mainz wurde der Parteigenosse Landtags-Abgeordneter Ph. Haas mit 3359 Stimmen in die Stadtverordneten-Versammlung gewählt. Von 11 781 Stimmberechtigten nahmen 6503 an der Wahl theil. Im Jahre 1895 betrug die Zahl der Wahlberechtigten 10 798, die der Abstimmenenden 5408. Unsere Partei hatte diesmal für die 21 zu erneuernden Mandate — der Hälfte aller Mainzer Mandate überhaupt — 11 Parteigenossen und 10 Bürgerliche aufgestellt. Davon kamen 1 Parteigenosse und 4 Bürgerliche durch, letztere mit 3228—3516 Stimmen. Das Resultat, in dem sich die Rationalliberalen, Freisinnigen, Demokraten und Ultramontanen zu dem Zweck zusammengefunden hatten, den Sieg der Sozialdemokratie zu vereiteln, mußte sich mit 16 Mandaten begnügen. Die Kandidaten des Kartells wurden mit 3292—3822 Stimmen gewählt; ihr Sieg ist also nicht weniger als glänzend; ganz abgesehen davon, daß ihnen 4 Blätter agitatorisch zur Verfügung standen.

In dem Dorfe Seidau bei Bayreuth befinden sich seit der letzten Gemeinderathswahl, wo wieder ein Mandat gewonnen wurde, nun alle drei Mandate der Unanfertigen in den Händen der Sozialdemokratie.

Der Gemeinderath des heffischen Dorfes Mühlheim am Main besteht jetzt aus 10 Sozialdemokraten und nur 2 Bürgerlichen. Noch im Jahre 1892 unterlagen wir mit unseren Kandidaten. Das Dorf hat etwa 3000 Einwohner.

Polizeiliches, Gerichtliches etc.

— In 1 Monat Gefängnis wegen Beleidigung eines Hotelbesizers wurde vom Schöffengericht in Erfurt der Parteigenosse Rudolph, Redakteur an der „Tribüne“, verurtheilt. Er hatte während des sogenannten Dietrichs mitgetheilt, daß die konfessionelle Wächterische Brauerei außerhalb Erfurts Absatz fände. Sie sei dabei nicht wählbar, denn sie wolle ein Restaurant in Gotha erwerben, auf das eine andere Erfurter Brauerei schon wegen Ueberführung verurtheilt habe. Der betreffende Hotelbesitzer sah sich dadurch geschädigt.

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

34. Sitzung vom Donnerstag, den 1. Dezember, nachmittags 6 Uhr.

Vorsitzer Dr. Langerhans eröffnet die Sitzung mit der Mittheilung, daß die städtischen Behörden beim heutigen Einzuge des Kaisers durch eine Deputation vertreten gewesen sind und der Bürgermeister Kirchner eine Ansprache gehalten hat. — In den Ausschuss wegen der Errichtung einer neuen Realschule im Hansaviertel sind auch die Stadtv. Dupont und Bernau gewählt; dem Ausschuss für die Vorlage der anderweitigen Verwendung der Zinsen aus dem Fonds für gewerbliche Ausstellungen gehört u. a. auch der Stadtv. Herzfeld an.

Zu der Vorlage des Magistrats wegen Anerkennung einer Anzahl Bureauhilfsarbeiter als Gemeindebeamte sind zahlreiche Petitionen eingegangen, darunter auch anonyme so unerschämten und unanständigen Inhalts, daß der Vorsitz der Verlesung Abstand nehmen zu müssen erklärt.

Zum Kammerer wird der bisherige Kammerer Waag auf 12 Jahre mit 97 Stimmen wiedergewählt.

Vom Stadtv. Preuß ist am 1. November der Antrag eingebracht worden, an den Magistrat folgende Anfragen zu richten:

Seit dem 24. Oktober sind die Direktoren mehrerer hiesiger Gemeindefakultäten von den Schulinspektoren angewiesen worden, einigen Lehrerinnen das Ordinariat, welches sie seit 22 bzw. 19 und 16 Jahren vorwärtsführen, abzugeben und sie nicht mehr als Klassenlehrerinnen zu beschäftigen, weil diese Lehrerinnen jüdischen Glaubens sind und sich in ihren Klassen keine genügende Zahl von Kindern desselben Bekenntnisses befindet.

1. Ist dem Magistrat bekannt, auf wessen Anordnung die Schulinspektoren gehandelt haben?
2. Sichen weitere ähnliche Maßregeln in Aussicht?
3. Willigt der Magistrat dieses Vorgehen?

Eventuell:
4. Was will der Magistrat thun, um jene Maßregeln rückgängig zu machen, oder falls, er dazu nicht die Macht hat, wie will er diesen Lehrerinnen eine weitere erspriehliche Bausonnet und ein mit ihrer persönlichen Würde vereinbares Ausbahren im städtischen Schuldienste ermöglichen?

Nachträglich haben dieselben Antragsteller am 10. November zu dem Gegenstand die folgende Resolution beantragt:

Die Versammlung wolle den Magistrat ersuchen, dafür Sorge zu tragen, daß den ohne ihr Verschulden gemäßigten jüdischen Lehrerinnen eine erspriehliche Wirksamkeit und ein mit ihrer persönlichen Würde vereinbares Ausbahren im städtischen Schuldienste ermöglicht werde, eventuell durch Verweisung an die höheren Mädchenschulen und, wenn nöthig, durch Verurlaubung bis zum Eintritt entsprechender Balancen.

Infolge der weitwichtigen Erörterungen, welche sich an den neuen Elektrizitätsvertrag angeknüpft haben, ist auch diesem Gegenstand das Sachral widerfahren, daß seine Erledigung seit einer Reihe von Wochen im Rückstand geblieben ist.

Stadtv. Hermes beantragt Ausschussberatung.

Stadtv. Dr. Preuß: Vor drei Jahren habe ich bereits durch einen ähnlichen Initiativantrag Ihre Aufmerksamkeit auf ein System von Maßregeln der Regierung gegen die Freiheit der städtischen Schulverwaltung gelenkt. Die härtesten derselben betrafen das konfessionelle Gebiet, und mit einer der akutensten haben wir es hier zu thun. Die Angelegenheit ist absolut keine spezifisch jüdische, es handelt sich nicht um die Rechte einer ganz kleinen Minorität, welche zu tausendjährigen schlimmen Leiden noch diese Maßregeln hinnehmen muß. Alles in allem handelt es sich nur um etwa 100 jüdische Lehrpersonen, die in ganz Preußen an öffentlichen Volksschulen angestellt sind. Aber es stehen große Prinzipien, Rechts- und Kulturfragen hier zur Erörterung, es handelt sich um Geist und Freiheit der städtischen Schulverwaltung. Von dem ganzen System sind diese konfessionellen Maßregeln nur ein Theil. Das alte System Mäher scheint wieder aufgelebt, jenes System, dem sich schon vor dreißig Jahren Gneist in dieser Versammlung entgegenwarf. Wir stehen mitten drin in einem konfessionellen Kampf, hervorgerufen durch den Geist der Regierungsmäßregeln. Nicht mehr im Geiste Lessing's, sondern seines Gegners, des Hauptpastors Göge, wird heute die Schulverwaltung geführt. Die Zeiten eines Wöllner scheinen wiedergekehrt. Genau dasselbe, was heute die Regierung vertritt im Punkte der Konfessionalität der Volksschule, hat schon vor 30 Jahren Herr v. Mäher vertreten, und über das Mäher'sche System ist doch das Urtheil der Geschichte gesprochen. Herr Woffe hat 1895 in dem für die jetzigen Maßregeln grundlegenden Erlasse ganz dasselbe erklärt, was Herr v. Mäher 1869 erklärte; nicht die Religion, sondern auch die andern Lehrgegenstände, Literatur, Geschichte etc., könnten nur konfessionell gelehrt werden. Ein Schulrath Scheidert, der damals Herrn v. Mäher noch zu übermüthern bestrahlte, behauptete den Begriff der Konfessionalität auch auf Grammatik, Mathematik etc. aus. Dahin muß konsequent auch der Erlaß des Herrn Woffe von 1895 führen. Wahrscheinlich will man allmählich vorgehen und vertraut, daß der erste Schritt die andern schon nach sich ziehen werde. Aber schon Gneist hat ausgeführt, daß dieser Begriff der Konfessionalität (seitdem man sich an der Idee der Schulzwang, der allgemeinen Schulpflicht, daran ist auch die Volksschule nicht auf dem Grunde der Konfessionalität aufgedaut, sondern auf der politischen Gemeinde. Das Lehramt dieser Volksschulen ist aber ein öffentliches Amt, welches jedem ohne Schranke der Konfession zugänglich sein muß. Unter diesem Gesichtspunkte ist das Vorgehen der Schulbehörde auch eine grobe Verfassungsverletzung. Das Volksschulgesetz des Grafen Redlich hat die Entziehung des Volkes hinweggefegt; jetzt geschieht viel Schlimmeres durch Restripte und im Geheimniß der Affen. So gut wie die höheren Lehranstalten werden die Volksschulen aus öffentlichen Mitteln erhalten; sind die erlernten nicht konfessionell — und das hat Herr Woffe im Abgeordnetenhaus ausdrücklich anerkannt —, so sind es die letzteren auch nicht. Seit 1894 ist bloß eine einzige jüdische Lehrerin angestellt worden (Hört, hört!). Die letzte Maßregel aber, die dem Recht wie der Billigkeit zuwiderläuft, kann unmöglich mit den Interessen der Religion begründet werden. Es kann doch nicht jede der davon betroffenen Damen ein Cato im Weiberrock sein; menschlich begreiflich ist es, wenn sie unter diesem Einbruch das Licht von Damaskus erblickt (Heiterkeit). Sie gab bisher jüdischen, sie gibt nach 4 Wochen Quarantäne vielleicht christlichen Religionsunterricht; und das alles im Namen der Religion! (Sehr gut!) Der Ministerabsolutismus im Unterrichtswesen hat ja freilich selbst einem Bischof hindernd im Wege gestanden. Es giebt aber doch über der preussischen Verwaltung ein Reichsgesetz, welches die Gleichberechtigung der Konfessionen ausdrückt, und schließlich muß, wenn alle Stränge reissen, die Stadtverordneten-Versammlung mit einer Petition den Reichstag an Schuß gegen die Maßnahmen der preussischen Regierung anrufen. Auch als bloße Demonstration könnte das eines großen Einducks im deutschen Volke nicht verfehlen. Die Taktik des Magistrats in dieser Sache ist nicht die richtige gewesen. Mit „Wohlwollen“ ist diese Frage nicht mehr zu behandeln. „Wohlwollen“ ist auch der Kultusminister und unter all diesem Wohlwollen geisthen die schlimmsten Rechtsmißbräuche. Auch hier hat der Magistrat wieder geglaubt, dilatorisch verfahren zu müssen, seine Vorstellungen an das Provinzial-Schulkollegium sind lediglich eine Wittigheit. Nicht um eine Galgenfrist für ein paar Damen handelt es sich, sondern um die größten Prinzipienfragen. Mit dem Standpunkt, daß die jüdischen Lehrkräfte das Interesse der christlichen Kinder schädigen, ist überhaupt nicht zu patieren. Noch jetzt aber muß vorgezogen werden, daß der Anblick einer großen Rechtsverletzung, wie er darin liegt, daß Lehrerinnen, welche 22 Jahre lang das Ordinariat ordnungsmäßig geführt haben, wieder als Hilfslehrerinnen in die Schule kommen, den Schülern erspart bleibt (Wiederholte Zustimmung.) Zu einer solchen Vorsorge kann man ja niemand

Wingen, und dann habe ich meinen zweiten Antrag eingebracht, der einen Weg der Abhilfe zeigen soll. An den höheren Mädchenschulen sind viel mehr jüdische Schülerinnen, aber seltenerweise keine jüdische Lehrerin; wahrscheinlich ein Zufall. (Heiterkeit.) Einen Grund für Ausschließung sehe ich nicht ein, die Sache liegt klar; es würde auch damit nur die Wirkung eines sofortigen einhelligen Beschlusses beeinträchtigt werden. Bitten und Flehen hilft hier nichts, die Klust ist unüberbrückbar, der Kampf ist uns aufgezwungen. (Lebhafter Beifall.)

Stadt. Hermes: Auch in der Schuldeputation theilt man im wesentlichen die Ansichten des Antragstellers. Der Magistrat hätte die Verfügung ohne Demonstration nicht ausführen sollen, auch wenn es sich bloß um drei jüdische Lehrerinnen handelte, schon weil kein Mittel unverzagt gelassen werden durfte, die Rechte unserer Schullehrerinnen bis zum äußersten zu schützen. Jetzt werden nur drei Lehrerinnen davon betroffen, fünf Monate später aber schon 36; die sämtlichen jüdischen Lehrkräfte belaufen sich nur auf 54. Die Verfügung geht also unzweifelhaft darauf aus, die jüdischen Lehrkräfte überhaupt aus unsern Volksschulen zu verbannen. Mit der Anstellung ist das Ordinariat aufs engste verknüpft, denn es werden so viel Lehrpersonen angestellt, als Klassen vorhanden sind. Gerade die erhebliche Thätigkeit, die Hauptfunktion des Pädagogen, stützt sich hauptsächlich auf die Einrichtung des Ordinariats; die Entziehung desselben bedeutet eine Charakterisirung als Lehrperson zweiter Klasse. (Zustimmung.) Evangelische Eltern haben sich nicht über jene drei sehr verdienten Lehrerinnen beschwert; gehegt gegen die jüdischen Lehrerinnen hat freilich die antisemitische Presse. Die drei Damen sind von der Maßregelung so schwer betroffen, daß sie nervös erkrankt und zur Unterrichtstheilung zeitig unfähig sind. Die Volation derselben ist seinerzeit bedingungslos erfolgt, es müßte also doch die Stadt mitzureden haben, wenn aus solchen rein äußerlichen Gründen ihnen ein solches Unrecht zugefügt wird. Volle Remedeur würde nur die Jurisdiktion der Verfügung schaffen. Aus allen diesen Erwägungen scheint Ausschließung geboten. Unsere simultanen Schullehrerinnen müssen erhalten bleiben, da sie allein den Bedürfnissen der Zeit und der Weltstadt entsprechen. (Beifall.)

Stadtschulrath Vertram schiedt voraus, daß gegen die jüdischen Lehrerinnen nicht das mindeste vorlag noch vorliegt, was mit jener Zwangsmaßregel in Verbindung zu bringen wäre; es handle sich eben um eine Zwangsmaßregel, daher lasse sich auch von einem Angriff auf ihre persönliche Würde infolge desselben nicht sprechen. (Widerpruch.) Eine der Damen sei übrigens an einem Halsleiden erkrankt. (Anfrage.) Prinzipiell sei er mit den Ausführungen der Vorredner im wesentlichen einverstanden. Gegen die Zeiten von Gneist sei man im Gebiete der Simultanen doch erheblich weiter gekommen. Schwankungen fanden auf diesem Verwaltungsgebiete wie auf allen andern statt. Die Abhilfevorschlüsse des Antrags Preuß seien nicht zweckmäßig; die Beurlaubungen und Befreyungen könnten aus diesem Anlaß nicht verweigert werden. Man müsse sehen, ab man auf anderem Wege durchkomme. Erst um Weihnachten herum werde die Schuldeputation nach Maßgabe des dann festzustellenden Bedürfnisses sich mit bestimmten Abhilfevorschlüssen zu befassen haben. Der vorgelegte Bescheid den Dienst verweigern. Kömme man nicht ohne die Vorbedingung, daß eine öffentliche Geheißverlegung verlangt wird. Er sei der Vollstrecker der Verfügung, weil er es sein müsse. Der Magistrat würde sich durch solchen Widerstand aufs schwerste verurtheilen. Die Vocation gebe keinen Anspruch auf ein Ordinariat. Die Versammlung solle nicht aus dieser Frage einen neuen Streitpunkt mit dem Magistrat schaffen, sondern einträchtig mit ihm vorgehen. Gehe man über den gesetzlichen und faktischen Zustand in den Anträgen hinaus, so werde von einem Einfluß der Gemeindebehörden auf das innere Leben der Schule bald überhaupt nicht mehr die Rede sein. (Große Unruhe.)

Stadt. Preußel: Ich kann der Sache die Bedeutung nicht bemessen, die ihr die jüdischen Mitglieder der Versammlung geben. Es handelt sich zunächst bloß darum, daß den jüdischen Lehrerinnen, welche keine jüdischen Kinder in ihrer Klasse haben, das Ordinariat genommen werden soll; erst zum 1. April nächsten Jahres sollen nur solche jüdischen Lehrerinnen ein Ordinariat beibehalten, welche mindestens zehn jüdische Kinder in ihren Klassen haben. Eigentlich handelt es sich überhaupt bloß um eine einzige Lehrerin; die Antwort des Magistrats spricht von sechs, und heute ist von drei die Rede. In der Zwischenzeit seit Einbringung des Antrages sind nun ganz sonderbare Schiebungen vorgekommen, Befreyungen von Lehrerinnen und Herausnahme und Einschulung von Schülerinnen. (Lärm.) Der Schulrath wird genau wissen, daß ich das Richtige treffe. (Stadtschulrath Vertram verneint. Heiterkeit.) Ich kann es nicht für richtig finden, daß die Schuldeputation, um die Ausführung des Erlasses zu umgehen, solche Störungen des Unterrichts mitten im Semester vornimmt. (Unruhe und Lärm.) Heber führt dann einen Fall an, in welchem ein jüdischer Lehrer, der sich in einem thatsächlichen Nothstand befand, neuerdings von der Schulbehörde drangsalirt worden ist, weil er sich schließlich an den Kultusminister gewendet und von diesem eine Unterstützung von 300 M. erhalten habe; der betreffende habe sich vorher auch an Herrn Preuß gewendet, ohne daß dieser in diesem Falle einen breumenden Nothstand abzuhelfen sich verpflichtet gefühlt hätte. (Lärm.) Thatsächlich habe schon der Minister Fall 1875 verfügt, daß die jüdischen Lehrkräfte kein Ordinariat haben dürften. Seitdem seien viel zu viel solche Lehrer mit Ordinariaten betraut worden; und dafür verdienten auch das Provinzial-Schullehrerinnen und der Kultusminister einen Vorwurf. Jetzt solle die Kultur in Gefahr sein, weil die preussische Regierung endlich darangehe, auch die Christen zu schänden? (Gelächter.) Es sei fürschibar und entsehrlich, wenn jüdische Lehrerinnen christliche Schülerinnen unterrichteten. (Wiederholtes Lachen.) Die besetzten jüdischen Kollegen in der Versammlung sollten doch diesen Standpunkt theilen. Der Antisemitismus habe mit der Sache nichts zu thun; man wehre sich nur dagegen, daß christliche Kinder von Juden erzogen werden sollen. Das Vorgehen der Behörde sei lediglich eine Nothwehr gegenüber dem Ueberhandnehmen des jüdischen Einflusses. (Große Unruhe; Auf: Wech! Stuß!) Soweit würde doch wohl selbst diese Versammlung nicht gehen, den betroffenen jüdischen Lehrerinnen unbedingte Bevorzugungen zuzuwenden; es würde sich vielleicht ein allgemeiner Entrüstungsturm erheben. (Erneute Heiterkeit.) Durch die Annahme eines derartigen Beschlusses würde sie höchstens dazu beitragen, die Zahl der privaten Mädchenschulen zu vermehren. Die Freunde des Antrages sollten doch die Sache in Volksversammlungen vorbringen, dann würden sie eines Andern belehrt werden.

Stadtschulrath Vertram: Es handelt sich lediglich um ein einziges Fräulein, welches Studirens halber auf ein Jahr beurlaubt ist und eine Vertretung durch eine jüdische Lehrerin erhalten hat. Befreyungen von Kindern sind überhaupt nicht vorgekommen. Die Fall'sche Verfügung hat Herr Preußel ganz mißverstanden. 1875 ist die Frage des Ordinariats gar nicht berührt worden. Stadt. Cassel meint, daß in einem Punkte Herr Preußel nicht ganz unredlich habe; die Befreyung von Lehrkräften mitten im Semester sei ein Uebelstand. Aber er sollte sich doch an die Behörde halten, die die Befreyung erlassen, und an Herrn Preußel selbst, der durch seine Agitation sehr viel dazu beigetragen habe, daß sie erging. Die Haltung der Schuldeputation und des Magistrats lasse in dieser Frage seit längerer Zeit die nöthige Entschiedenheit und Festigkeit vermissen; er habe erst nach einem halben Jahre remonstrirt und den Versuch eines Widerstandes gegen die Befreyung gar nicht erst gemacht. Den Antisemiten als dem tertius gaudens dürfe man das Schauspiel eines Zwistes mit dem Magistrat nicht geben, sondern man müsse sich im Ausschuß zu verständigen suchen.

Ein Schlußantrag wird abgelehnt. Stadt. Friedemann ist von den Ausführungen des Stadtschulraths sehr enttäuscht. Nicht mit wohlwollendsten Absichten, nur mit Thaten sei hier weiterzukommen. Der Stadtschulrath übersehe doch ganz das Reichsgesetz von 1869 über die Gleichberechtigung der Konfessionen. Auch gebe es doch eine Beurlaubung „im Interesse des Dienstes“, und könne nicht von dieser in einem so außerordentlichen Falle Gebrauch gemacht werden?

Stadt. Sanitätsrath Dr. Kamaun hält ebenfalls eine Rechtsverlegung für vorliegend. In Schulen, an welchen die Befreyung zur Durchführung gelange, müßten ja Pflanzstätten des Antisemitismus werden und so zur Verbreitung einer derartigen moralischen Pest beitragen, zur selben Zeit, wo die Regierungen zur Abwehr der Bubonpest gemeinsame Schritte vereinbarten!

Stadtschulrath Vertram bemerkt noch, daß gewisse Befreyungsbestimmungen zur Zeit noch nicht in faktische Geltung getreten sind, so die Mitwirkung der Gemeinden bei der Stellenbefreyung. Die Beurlaubung „im Interesse des Dienstes“ sei ein höchst bedenklicher Vorschlag.

Stadt. Preußel hält an seiner Auffassung des Fall'schen Erlasses von 1875 fest, obwohl er ihn nicht zur Stelle hat. Christenthum und Deutschthum sei aber nicht zu trennen.

Stadt. Cassel protestirt gegen die letzten Ausführungen. Damit schließt die Debatte.

Persönlich lehnt Stadt. Preuß den ihm vom Stadt. Preußel bezüglich eines in Roth gerathenen Lehrers gemachten Vorwurf entschieden ab. Er habe den Betreffenden materiell unterstützt und beim Magistrat zur Unterstützung empfohlen. (Hört! hört!) Die Anträge werden darauf einem Ausschuß überwiesen. Die übrigen Berathungsgegenstände werden vertagt. Schluß nach 9 1/4 Uhr.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Ächtung, Bauarbeiter! Wie wir in Erfahrung gebracht haben, bemühen sich im Norden Berlins einzelne Leute, unsere Kollegen irre zu führen. Die Betreffenden betreiben die Gründung von Klubs, die dazu angethan sein sollen, den Verband der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter zu schädigen. Vielfach werden aus diesen Kreisen die Kollegen angefordert, ihre Verbandsbücher nebst Sammelkarte zu vernichten, um dem Klub beizutreten. Zwei unserer Verbandskollegen, Reichmann und Engling, legten dagegen Verwahrung ein, was zur Folge hatte, daß sie deshalb gemahngelt wurden. Der Vorsitzende dieser Klubs ist der Bauarbeiter Oskar Schulz, in Berufskreisen gut bekannt. Wir wünschen dem Klub viel Glück zu seinem Unternehmen, werden aber auf ihn ein wachsam Auge haben. Erwarten wollen wir nur von unseren organisirten Kollegen, daß sie sich nicht beeinflussen lassen, und an dem festhalten, was unsere Organisation geschaffen hat.

Die Lohnkommission. J. A.: B. Road.

Deutsches Reich.

Der Zentralverband der Zimmerer beruft zum 22. März 1899 die Generalversammlung nach Berlin ein. Auf der Tagesordnung steht neben sonst Gewerkschaftlichen die Frage der Arbeitslosen-Unterstützung.

Bei der Gewerbegerichtswahl in Plauen siegte die Liste der Gewerkschaften. Der gleiche günstige Erfolg ist aus Geislingen zu melden; auch hier drang die Liste der Gewerkschaften durch.

Das Gewerkschaftsstatut in Dresden hat einen gedruckten Geschäftsbericht für das verfloßene Geschäftsjahr herausgegeben. Demnach sind zur Zeit im Kartell 15 500 Arbeiter, welche 93 gewerkschaftlichen Organisationen angehören, durch 71 Delegirte vertreten. Die Gesamtmitnahme betrug 1048 M., die Gesamtansgabe 644 M. Es sind unter anderem durch 34 000 Flugblätter drei größere Aktionen inszenirt worden, und zwar für den Streik der englischen Maschinenbauer, für die Wahl zur Orts-Stramentasse und gegen das Potsdamerische Rundschreiben. Außerdem wurden Versammlungen und Sitzungen zahlreich abgehalten. Das Gewerkschaftsstatut ist ein sehr achtunggebietender Faktor in der Arbeiterbewegung Dresdens geworden.

In Gera ist durch Vermittelung des Gesellenausschusses von der Innung der Bauhandwerker die Fugase erlangt worden, daß am 1. Januar n. J. im Baugeverbe die zehnjährige Arbeitszeit eingeführt werden soll und vom 1. April ab ein Lohnzuschlag von 2 Pf. pro Stunde den Arbeitern gewährt wird. Der Gesellenausschuss bekam von einer Bauerverversammlung weiter die Weisung, für die Nacht- und Wasserarbeit einen Lohnzuschlag von 10 Pf. pro Stunde zu fordern, sowie für Einführung besserer Verbände zu wirken.

Im Streik der Feilenhauer in der Maschinen- und Feilenfabrik in Kummendorf bei Halle wird und berichtigend mitgetheilt, daß nicht sämtliche Arbeiter am Streik theilhaftig sind, sondern nur die Maschinen- und Handfeilenhauer haben wegen Maßregelung dreier Kollegen die Arbeit eingestellt.

Wegen Lohnabzüge haben 50 Arbeiter beim Bau der Wasserwerke in Harburg die Arbeit eingestellt. Die Ausführung der Arbeit ist der Firma Masch u. Forster, Charlottenburg, übertragen.

Der Streik auf der Sammelglückgrube ist nach eintägiger Dauer beendet. Die Direktion hat von der Einführung der Neuerung, die den Streik veranlaßte, abgesehen. Diese Neuerung hätte zur Folge gehabt, daß die nominelle achtstündige Schicht thatsächlich zu einer zehnjährigen geworden wäre. Der Streik betraf nur die unter Tage arbeitenden (600) Bergleute der Grube, die insgesamt ca. 1100 Arbeiter beschäftigt, darunter 200 weibliche. Besitzer der Grube ist die Sozietät S. Penken u. Comp. und die Bergwerks-Gesellschaft G. v. Hünig's Erben. Repräsentant ist der Bergwerks- und Hütten-director Menzel in Birkenheim bei Benth.

Die Entsehrung der Erde unter polizeilicher Ueberwachung. Am Sonntag Abend hatte das Gewerkschafts-Kartell in Schwerin einen wissenschaftlichen Vortragabend arrangirt, der sehr zahlreich besucht war. Reichstags-Abgeordneter Emanuel Burn aus Berlin sprach über die Entsehrung der Erde. Pünktlich bei Beginn des Vortrages hatten sich auch nicht weniger als fünf Polizisten vor dem Saaleingang eingeschoben und begehrten Einlaß. Der Vorsitzende des Gewerkschaftskartells verbot sich, weil er den Saal für den Vortrag gemiethet hatte und nur gegen den Erlös von Karten den Zutritt gestattete, auf Grund seines Hausrechts das Eindringen der Polizeibeamten in den Saal; der Stadtwachmeister erklärte jedoch, er habe „höheren Befehl“ und sei amtlich beauftragt, dem Vortrag beizuwohnen, und hörte trotz des Protestes mit seinen Beamten bis zu Ende den Vortrag an.

Wollte man vielleicht in den Vortrag Erörterung politischer Angelegenheiten erbliden? So ganz unredlich hätte die Polizei in ihrer Annahme nicht gehabt, denn von Unsturz ist in dem Vortrag viel die Rede gewesen.

Die Lohnbewegung der Berg- und Hüttenarbeiter-zeitung schreibt: An die Kameraden im Ruhrgebiet! Die Lohnforderung ist von uns den Fechen zugesandt worden. Mag nun die Antwort ausfallen, wie sie will, mag auch gar keine Antwort kommen, auf jeden Fall findet noch vor Weihnachten ein Delegirten-tag statt, wo endgiltig in der Lohnanlage Beschluß gefaßt wird. Jeder Ort muß auf diesem Delegirten-tag vertreten sein. Unsere Vertrauensleute weisen wir hiermit an, für eine schlüssige Bescheidung des Tages Sorge zu tragen. Schleunigst aus Werk! Ort, Lokal und Zeit des Delegirten-tages geben wir rechtzeitig an dieser Stelle bekannt.

Der Vorstand des Berg- und Hüttenarbeiter-Verbandes.

Ausland.

Französische Streiks im Oktober. Das Arbeitsamt verzeichnete für Oktober 27 Streiks mit 5148 Theilnehmern. In dieser Zahl sind die Theilnehmer des großen Pariser Ausstandes nicht eingerechnet. Das Arbeitsamt giebt die Zahl der Pariser Streikenden nicht an — aus welchem Grunde, wird nicht gesagt. Im Oktober des verfloßenen Jahres gab es 23 Streiks mit 3635 Theilnehmern. Die Durchschnittszahl der Oktober-Streiks in den letzten fünf Jahren beziffert sich auf 24. Von den 27 Streiks des diesjährigen Oktober erstreckten sich nur 8 auf mehrere Unternehmungen. Ursa chen der Streiks: neunmal wurde eine Lohnherabsetzung gefordert, einmal eine bessere Vertheilung des Lohnes, viermal Abwehr gegen eine Lohnherabsetzung, in einem Falle wurde um eine Lohnherabsetzung neben einer Verfürzung der Arbeitszeit gekämpft, in drei Fällen um die Werkstättenordnung, in drei Fällen um Personalfragen u. a. m. Ausg a n g von 19 im Oktober und 8 vorher begangenen Streiks: 4 Erfolge, 13 Ausgleiche und 10 Mißerfolge.

Die Aussperrung von Arbeitern seitens italienischer Unternehmer zu dem Zwecke, von der Regierung ein Zugeständnis zu erzwingen, ist, wie unser italienischer Korrespondent schreibt, in Italien durchaus nichts Seltenes. Wie jetzt die Hindholzfabrikanten ihre Arbeiter ausgesperrt haben, um die Hindholzsteuer zu Fall zu bringen, so haben auch schon früher andere Unternehmer, besonders die Besitzer der berühmten Schwefelgruben in Sizilien, die Arbeiter ausgesperrt, um sie zur Verweigerung und zu Aufhebungen zu treiben, damit die Regierung gezwungen werde, die geplanten Steuern wieder zurück zu nehmen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der Bundesrath hat in seiner heutigen Plenarsitzung folgende Entwürfe zum Reichshaushalts-Etat für 1899 genehmigt: betr. das auswärtige Amt, die Reichsdruckerei, die Verwaltung des Reichsheeres (mit einigen Änderungen), die Verwaltung der kaiserlichen Marine (mit einigen Änderungen), die Verwaltung des Gouvernements Kantons, die Reichspost- und Telegraphenverwaltung, die Verwaltung der Eisenbahnen (mit einigen Änderungen) und den allgemeinen Pensionsfonds. Den zuständigen Ausschüssen werden überwiegen die Gesetzentwürfe wegen Feststellung des Reichshaushalts-Etats für 1899, wegen Aufnahme einer Anleihe für die Zwecke der Verwaltung des Reichsheeres, der Marine und der Reichseisenbahnen und wegen Vermeidung überschüssiger Reichs-Einnahmen aus dem Rechnungsjahr 1899 zur Schuldentilgung; ferner die Ueberführungen der Einnahmen und Ausgaben der Schutzgebiete für 1895-96, 1896-97 und 1897-98, der Entwurf von Bestimmungen über die Sammlung von Saatenstand- und Erntenaechrichten und der Entwurf von Grundrissen für die Befreyung der Enbaltern- und Unterbeamtenstellen bei den Kommunalbehörden u. s. w. mit Militär-anwärtern. Dem Entwurf eines Gesetzes wegen Feststellung des Haushalts-Etats für die Schutzgebiete auf das Rechnungsjahr 1899 wurde die Zustimmung erteilt und schließlich über eine Reihe von Eingaben Beschluß gefaßt.

Erfurt, 1. Dezember. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Dem Ausgewiesenen H a f e r t ist auf dem Regierungspräsidium mitgetheilt worden, daß die Ausweisungsbefreyung gegen ihn vorläufig wieder aufgehoben ist.

Bremen, 1. Dezember. (B. T. B.) Die Rettungstation Cuxhaven telegraphirt: Am 1. Dezember wurden von der in der Nordsee gestrandeten norwegischen Bark „Norwig“, Kapitän Tobiasen, mit Salz von Hamburg nach Rew Caste bestimmt, zehn Personen durch das Rettungsboot der Station Elbe (Leuchtschiff 2) gerettet.

Wien, 1. Dezember. (B. T. B.) Die „Allg. Ztg.“ schreibt zu der Rede des Grafen Thun: „Nicht sowohl in reichsdeutschen als vielmehr in österreichischen Blättern ist der Meinung Ausdruck gegeben, daß das Bundesverhältnis zwischen Deutschland und Oesterreich durch die Rede des Grafen Thun eine schwere Erschütterung erlitten habe und in seinem Bestande gefährdet sei. Wir möchten damit sagen, daß in diesen Bemerkungen die Tragweite der betreffenden Rede sehr überschätzt wird. Wenn eine Vereinigung in 20 Jahren zum besten zweier benachbarter Länder bestanden hat, dann geht sie nicht so leicht in die Brüche. Das Verhältnis zwischen Deutschland und Oesterreich steht seine Stärke namentlich in dem Umstande, daß es nicht dem einen Staate einseitig Vortheile gewährt, sondern daß diese Vortheile beiden Staaten zu gute kommen. Wir wollen keine arithmetische Berechnung aufstellen, welcher der beiden Theile mehr giebt und welcher der beiden Theile mehr empfängt, wir glauben aber, daß man in Oesterreich die großen Vortheile, welche dieser Staat aus dem bisherigen Vertragsverhältnis gezogen hat, nicht verkennt wird.“

Frankfurt a. M., 1. Dezember. (B. T. B.) Die „Frankf. Ztg.“ meldet aus Konstantinopel: Wie England und die Vereinigten Staaten von Nordamerika hat nun auch Italien der Fforte eine Note überreicht, in welcher die endliche Regelung der Schadenersatz-Ansprüche für die italienischen Staatsangehörigen, die bei den Begeleiten von 1869 getödtet wurden, gefordert wird. Es handelt sich dabei um die Summe von 16 000 Pfund. Wie die oben erwähnten Mächte erklärt auch Italien, daß es sich in diesen Angelegenheiten zum letzten Mal an die Fforte wende.

Wien, 1. Dezember. (B. T. B.) Bezüglich der Rede des Ministerpräsidenten Grafen Thun über die Ausweisungen von Oesterreichern aus Preußen schreibt das „N. W. Tagebl.“: „Graf Thun hat uns gewiß nicht zu seinen Verteidigern bestellt, dennoch halten wir uns aber für verpflichtet, zu sagen, daß, wenn in Berlin die Auffassung herrscht, als hätte Thun bei der Verantwortung der Interpellation über die Ausweisungen österreichischer Unterthanen in irgend einer Weise Absichten gegen das deutsche Bündnis gehabt, dies der Wirklichkeit absolut nicht entspricht. Es muß daher als muthwillige Schaffung eines unnützen und schädlichen Streites erscheinen, wollte man die Diskussion über die Antwort Thun's in solch gereizter Weise verlängern, wie es durch die deutschen Blätter geschieht.“

Wien, 1. Dezember. (B. T. B.) Heute fand unter sehr starker Theilnahme der Aktionäre die Generalversammlung der Wiener Tramway-Gesellschaft statt, in welcher über die Anträge des Verwaltungsrathes zum Zwecke der Auflösung derselben und Bildung einer neuen Bau- und Betriebsgesellschaft für städtische Straßenbahnen in Wien abgestimmt wurde. Es waren 49 175 Stück Aktien zu dieser Versammlung hinterlegt und ca. 180 Aktionäre anwesend. Die Anträge des Verwaltungsrathes wurden mit allen gegen 115 Stimmen angenommen, womit die Umwandlung zum elektrischen Betriebe gesichert erscheint.

Paris, 1. Dezember. (B. T. B.) Die Bureau der Kammer wählten eine Kommission von 33 Mitgliedern zur Prüfung der Einkommensteuer-Vorlage des Finanzministers Pechval. Die Mehrheit der Kommission verbot sich der Vorlage gegenüber abzulehnen, obwohl sie von der Nothwendigkeit der Verbesserung des Steuer-systems überzeugt ist. — Ferner wurde eine Kommission von 33 Mitgliedern zur Prüfung der Unterrichts-vorlagen gewählt. Die Vorlage, welche den Unterthanen das Unterrichtsmonopol gewähren will, wird von der Mehrheit der Kommission bekämpft; der Senat soll aber gewisse Garantien haben, namentlich hinsichtlich der Auswahl und Ernennung der Lehrkräfte.

Paris, 1. Dezember. (B. T. B.) Der Senat nahm einen Antrag Constans' an, wonach das Gesetz von 1897 betreffend Aufhebung der geheimen Untersuchung auf die Militärgerichte Anwendung finden soll. Marecère brachte einen Abänderungsantrag ein, dahingehend, es solle die geheime Untersuchung im Falle nationaler Gefahr aufrechterhalten bleiben. Freinet bekämpfte diesen Antrag, den er für unzulässig erklärte. Es seien ja doppelte Garantien gegeben, da die Nation und die Armee innig mit einander verbunden seien. Der Antrag wurde mit 196 gegen 52 Stimmen abgelehnt. Waldeck-Rousseau brachte einen Antrag ein, welcher bezweckt den Artikel 445 der Strafprozess-Ordnung dahin abzuändern, daß dem Kassationshofe das Recht zuziehen soll, die Verurteilung aller Strafverurtheilungen zu verfügen, welche einer eingeleiteten Revision Hindernisse bereiten könnten. Waldeck-Rousseau verlangte, für seinen Antrag die Dringlichkeit. Der Justizminister Ledret sprach sich gegen die Dringlichkeit aus, da hierdurch dem Geiste der Charakter eines Gelegenheitsgesetzes gegeben würde. Hierauf wurde die Dringlichkeit mit 113 gegen 118 Stimmen abgelehnt und die Sitzung geschlossen.

Rom, 1. Dezember. (B. T. B.) Nach Depeschen aus Massana ist es dem russischen Gesandten gelungen, zwischen dem Regus Menelli und Ras Rangascha eine Versöhnung herbeizuführen.

Konstantinopel, 1. Dezember. (B. T. B.) Heute Nachmittag ist der Flotte von den Dragomans der vier Mächte die Kommission betreffend die Ernennung des Prinzen Georg von Griechenland zum Oberkommissar von Areta überreicht worden. Die Kommission ist begleitet von einer Note, in welcher erklärt wird, die vier Mächte würden die Interessen der öffentlichen ottomanischen Schuld auf Areta wahren.

Der Erfurter Beleidigungsprozess.

Ueber den weiteren Verlauf der Gerichtsverhandlungen vom Mittwoch erhalten wir aus Erfurt folgende Mittheilung: Auf Wunsch des Staatsanwalts giebt der Bürgermeister Dr. Schmidt eine Uebersicht über die bekannten Vorgänge und die Thätigkeit der Polizei. Er hält das Vorgehen derselben an den Straßwällen für korrekt. Ebenso sei der Regierungspräsident damit einverstanden gewesen.

Kommissar Gay giebt eine Darstellung der Vorgänge. Die Frage des Verteidigers, weshalb sich die Menge am Zirkus herumtrieb, beantwortet er dahin, daß dies allgemein in Erfurt Sitte sei. Ueber die Ursachen der Straßwallen äußert sich Kommissar Gay, daß die hiesige Presse sehr gegen die Polizeischarfe, auch die Sozialdemokratie treffe ein Theil der Schuld.

Rechtsanwalt Heine freut sich, daß man dem Kommissar Gay die Abgabe eines Gutachtens gestattet habe. Er schließt daraus, daß er ebenfalls Zeugen nach ihrem Gutachten fragen dürfe. Generalmajor von Kröcher äußert sich über die Thätigkeit der Polizei ähnlich wie er es bei früherer Gelegenheit gethan. Die Polizei hätte nicht einen Grad gelinder auftreten dürfen. Auf Veranlassung der Verteidigung giebt der Zeuge es ausdrücklich zu, daß anfangs die Leute den Eindruck harmloser Reuegeriger machten.

Polizei-Inspektor Meyler schilderte ausführlich die Vorgänge am 25. und 26. Mai. Nach den Vorschriften einer Kabinettsordre ließ er von der Waffe Gebrauch machen, nachdem er eine Hilfe seitens des Militärs deshalb abgelehnt habe, weil ihm der Kommandirende gesagt habe, daß die Abgabe einer zweiten Salve die Häuser des Friedrich-Wilhelmsplatzes zerstören würde. Erst als ihm die Beamten gemeldet, daß vom Publikum aus auf sie geschossen worden, habe er die Weisung gegeben, auch zu schießen. Was viele gute Worte nicht vermochten, das hätten einige Revolverkugeln gethan: das Publikum zerstreut wie Spreu. Am 27. Mai (dem Tage nach der Revolverattatze, D. V.) habe sich die Polizei auf Wunsch des Präsidenten von Brauchitsch in der Turnhalle zurückgehalten. Das Publikum sei ruhig gewesen, nur als einzelne Beamte, um Befehle zu empfangen, den Platz überschritten hätten, sei wieder gelärmt und auch mit Steinen geworfen worden. Ihm (Meyler) sei es gegen den Strich gegangen, sich in Reihenfolge zu halten, während draußen eine remittente Menge wogte. Er habe sich deshalb einige Mal unter die Menge begeben. Wo er sich gezeigt habe, sei sie still gewesen und aneinandergeklatscht und hätte nur gewagt, ihm nachzulaufen. Da aber andere Beamte verletzt worden seien, habe er auf Räumung des Platzes mit Gewalt gedrungen. Der Regierungspräsident habe nicht gewollt, habe die Entscheidung der Frage aber schließlich dem Oberbürgermeister überlassen. Dieser habe die Räumung genehmigt, die in drei Minuten ohne jeden Widerstand vollzogen worden sei.

Es wurde nun eine Anzahl Entlassungszeugen vernommen, die im allgemeinen dieselben Aussagen machen, wie in der Schwurgerichts-Verhandlung. Gemeinde-Altmeister Kramer hielt die Vorgänge auf dem Friedrich-Wilhelmsplatz nicht für Ansammlungen. Schulschüler hätten wohl gelächelt, wenn die Schutzleute anrückten. Er selbst sei auch fast niedergeworfen worden, obwohl er ruhig seines Weges ging. Kaufmann Wunder besandert, daß die Ansammlungen so hart waren, daß die Vorstehenden gar nicht ausweichen konnten, weil die hinten stehenden Personen sie nicht durchließen. Photograph Kesselring will einen Schutzmann gesehen haben, der zwecks mit dem Säbel umherfuchtelte und ansehender ganz konfus war. Werkführer Simon behauptet ähnliches. Er hat die Ueberzeugung gewonnen auf Grund von Einzelfällen, daß sich das Publikum zerstreut hätte, wenn sich die Polizei zurückgezogen hätte. Auf Bericht-erstatte Riegler hat die Dauer der Polizeibeamten einen widerwärtigen Eindruck gemacht.

Lehrer Gothe reproduziert sein Erlebnis mit dem Polizeiferganten Jude, der ihm auf die ruhige Frage: Was ist denn eigentlich los? geantwortet hat, indem er mit dem Säbel zum Schlagen ansetzte: „Ich will Ihnen gleich zeigen, was los ist“. Dabei lenkte Jude ihn ganz genau.

Pastor Köhler macht wieder seine eminent entlastenden Aussagen, wonach das Publikum eine abwartende Stellung eingenommen habe. Irrendweldche Zusammenrottungen hat er nicht wahrgenommen, statt dessen ein sehr scharfes Vorgehen der Polizei. Die Leute wurden von beiden Trottoirs gedrängt, theils durch berittene Polizeibeamte, so daß sie gar nicht wußten, wo sie bleiben sollten. Polizeibeamte kamen ohne Ursache auf abnungslose Leute zu und hieben auf sie ein. Am Donnerstag sah er überhaupt keine Ansammlungen, sondern nur ruhige Leute, die ihres Weges gingen.

Pastor Fahrenlam hat sich auf die Aufforderung der Polizei, den Platz zu räumen, sofort zurückgezogen und würde dies auch bei den anderen Leuten schon aus Klugheit für das Beste gehalten haben. Er hat wohl einige catinuarische Personen, sonst aber durchweg anständiges Publikum gesehen.

Arbeiter Hesse hat gesehen, wie ein vor ihm gehender Mann, der nicht gelacht und gethan, von einem Polizeibeamten ohne Ursache über den Ellbogen geschlagen wurde.

Damit schließt die heutige Sitzung. Morgen sollen noch einige Zeugen, darunter vier Stadtverordnete, vernommen werden. Dann beginnen die Waidhohers.

Erfurt, 1. Dezember.

Als erster Zeuge wird in der heutigen Sitzung Bureau-Hilfsarbeiter Serbe, der sich freiwillig gemeldet hat, vernommen. Er behauptet, daß er in der Andreaskirche Menschenansammlungen sah. Es flogen Steine aus dem Lustfahrl (Platz beim Gerichtsgelängnis) auf die Polizeibeamten. Darauf wurde ein Polizeifergant abgeschickt, worauf kurz hinterher Polizeikommissar Kausels mit Leuten anrückte, und von Zivilisten mit dem Ruf „Generalkaus!“ empfangen wurde. Er will gesehen haben, daß Leute Steine „handrecht“ schlugen, um nachher damit zu werfen. Am letzten Tag sah er Leute, die sagten: Wir wollen mal sehen, ob uns die Polizei von hier wegsagt. Er giebt auf Befragen zu, daß nicht nur Arbeiter, sondern auch bürgerliche Leute, so ein Assistenzarzt, von der Polizei angefahren wurden und daß auch bürgerliche Leute sagten: es ist eine Unverschämtheit, daß die Polizei so vorgeht, das war früher doch nie.

Altdehster Stod hat privatim geäußert, daß er gesehen hat, wie Meyler geschlagen hat. Er ist deshalb von der Verteidigung geladen, wiederzusehen aber seine Aussagen. Seine Frau habe ihm gesagt, daß er sich wohl getäußert habe.

Schneidemeister Müller ist Mitglied der Sanitätskolonne. Er wohnt in der Andreaskirche, ist durch den Lärm vor das Haus gelockt, wo er jemand stark blutend bemerkte. Sein Wehling, der ihm nachgelaufen war, erhielt ebenfalls sofort eine Verletzung.

Auf eine Reihe weiterer Zeugen wird verzichtet. Polizeikommissar Gay soll Aussagen, ob Papp als Leiter der Bürgerversammlung geäußert hat, die Versicherungen des Oberbürgermeisters seien nur ein „Wahlmanöver“. Er entsinnt sich dessen aber nicht genau mehr.

Frau Stamig, Platanenleberin, hatte Platanen erhalten mit der Aufschrift: „Jeder Arbeiter, der auf seine Ehre hält, bleibt abends dem Friedrich-Wilhelmsplatz fern. Der sozialdemokratische Vertrauensmann.“ Sie hatte davon erst vier angeklebt, die übrigen wurden vorläufig im Auftrage des Platanenleberbesizers zurückgehalten und erst in Gemeinschaft mit dem Aufruf des Oberbürgermeisters angeklebt.

Es sollen dann die Stadtverordneten vernommen werden, ob über den Polizei-Inspektor Meyler Beschwerden im Stadtverordneten-Kollegium eingebracht worden sind.

Zunächst wird der Oberbürgermeister Dr. Schmidt darüber vernommen, der zugiebt, daß wiederholt Klagen vorgekommen sind, daß vor etwa einem Jahre Polizei-Inspektor Meyler zu ihm gekommen sei, um mit Rücksicht auf die vielen Klagen über ihn um seine Pensionierung zu bitten. Dann hat der Oberbürgermeister den Stadtverordneten vertrauliche Mittheilung gemacht, doch ging man auf die Pensionierung nicht ein.

Es folgen nun höchst wichtige Aussagen der Stadtverordneten Kämmerer, Müller und Wolf, die dem ganzen Prozeß erst das richtige Gepräge geben. Wir können heute nur kurz darüber berichten. Morgen werden wir die für die ganze Würdigung der Straßwallen höchst bedeutungsvollen Äußerungen ausführlich bringen. Der Stadtverordnete Kämmerer giebt auf Befragen der Verteidigung zu, daß er nach den Straßwallen mit dem Oberbürgermeister eine erregte Unterhaltung hatte, in deren Verlauf der Oberbürgermeister ihm sagte: „Sie sehen ein, wie es gekommen ist, würden Sie damals nicht gegen die Pensionierung Meyler's gesprochen haben, so wäre es so schlimm nicht gekommen.“

Stadtver. Müller ist der Meinung, daß nicht die Sozialdemokratie die Schuld trage, sondern der Umstand, daß die Polizei ihrer Aufgabe zur Vermeidung solcher Vorkommnisse nicht gewachsen gewesen sei.

Stadtver. Wolf giebt auf Befragen der Verteidigung zu, daß er zum Regierungspräsidenten gerufen worden sei, der ihn gebeten habe, in der bez. Stadtverordnetenversammlung im Sinne des Oberbürgermeisters zu sprechen, mit Meyler würde es sich dann später schon machen.

Das Urtheil, das uns in später Nachtstunde telegraphisch mitgetheilt wird, lautet: Redakteur Rudolph wegen zweifacher Beleidigung unter Jubilligung des § 193 zu einem Monat Gefängnis, Kappe wegen einfacher Beleidigung zu 100 Mark Geldstrafe.

Soziales.

Eigenartige Grundzüge besetzt das Reichsamt des Innern bei der Aufnahme der Produktions-Statistik. Die Fragebogen für die Mälerei werden nämlich keineswegs an alle Betriebsinhaber verschickt, wie das für eine solche Statistik, deren Berth gerade in der Genauigkeit besteht, nöthig wäre. In einem Schreiben, das dem Verbands kleiner Mäler in den Regierungsbezirken Hildesheim, Erfurt und Kassel vom Reichsamt des Innern zugeht, befragt sich das genannte Amt damit, Auskünfte zu verlangen, die für die einzelnen Gebenden, Größenklassen und Betriebsrichtungen, als typisch gelten können. Das mag ja nun eine sehr bequeme Methode sein, zu einer Produktionsstatistik zu gelangen, aber wissenschaftlichen Werth hat sie nicht.

Wegen der Verschickung von Waisenkindern nach Oselbien erklärte sich eine Volksversammlung in Frankfurt a. M. Nach dem Referat Dr. Durand's, das durch die Armenvorsitzer Bauermann und L. Opificius ergänzt wurde, nahm die Versammlung einstimmig eine Resolution an, worin es heißt: „Die Versammlung erhebt lauten Widerspruch gegen den vom hiesigen Armenamt mit einem Kolonisationsverein in Posen geschlossenen Vertrag, wonach arme Frankfurter Kinder an die russische Grenze verschickt werden sollen. Dieser Vertrag, den andere Städte mit nationalliberaler Verwaltung zu schließen sich geweigert haben, liefert arme Kinder in die belamten kulturwidrigen ostelbischen Verhältnisse mit minderwertiger Ernährung, Ausbildung und Schule und entzieht sie den in allen Beziehungen höheren Kulturzuständen im Westen.“

Zum Schluß werden die städtischen Behörden aufgefordert, so schnell wie möglich von dem Vertrag zurückzutreten.

Zu der Generalversammlung des Konsumvereins in Siebichenstein bei Halle, der dieses Jahr ein halbes Prozent weniger Dividende als im vorigen Jahre, aber immer noch 19 1/2 pCt. vertheilt, hielten sich einige Redner über die angeblich „zu hohen“ Gehälter der Verkäuferinnen auf. Die Verkäufer erhalten monatlich 50—60 M. Der Verein besteht fast ausschließlich aus Arbeitern. Das „Vollblatt für Halle“ stellt nun insbesondere dem einen Redner, der die Gehälter der Verkäuferinnen nicht etwa wegen ihrer Niedrigkeit, sondern wegen ihrer Höhe eine „Schande“ genannt hatte, derb den Text und sagt dann: „Zur Ehre der Mehrzahl der Mitglieder und vor allem der Verwaltung des Siebichensteiner Konsumvereins sei es gesagt, daß sie derartige Auslassungen auf das schärfste mißbilligt und ihrer Mißbilligung auch in der Generalversammlung energisch Ausdruck gegeben hat. Aber daß diese Äußerungen überhaupt fallen konnten, ist bezeichnend, wohin die öde Dividendenjägererei bereits geführt hat. Derartige Vorurtheile beweisen immer wieder aufs neue, auf welche fallchem Prinzip das Konsumvereinswesen aufgebaut ist. So lange mit dem Prinzip der Dividendenvertheilung nicht überhaupt gebrochen wird, werden die Konsumvereine stets eine Menge Elemente in ihrer Mitte zählen, die um einiger Großen willen es fertig bekommen, sich fortgesetzt klatschende Ohrfeigen zu versehen.“

Wegen der fortgesetzten Van-Einsätze in Kaiserdomänen hatte das Bezirksamt an die Stadtverwaltung die Aufforderung gerichtet, eine städtische Baukontrolle einzuführen. Darauf ist vom Stadtrat beschlossen worden, im nächsten Frühjahr einen tüchtigen Polier anzustellen, der die Baustellen zu begeben und zu überwachen hat. Die Kosten dieser Ueberwachung haben die Bauherren zu tragen.

Die Akkordarbeit der Kopisten im sächsischen Justizministerium ist durch eine Verordnung vom 23. November d. J. abgeschafft und an deren Stelle fester Gehalt eingeführt worden. Wie aus den Angaben der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ zu schließen ist, stehen sich dabei die Kopisten aber schlechter als vordem. 17—19jährige Kopisten erhalten monatlich 45 M. Gehalt, von 20 Jahren an 52,50 M., jedoch nur dann, wenn sie zur vollsten Zufriedenheit des Vorgesetzten arbeiten. Das genannte Blatt bemerkt darüber:

Ob die Herren Ministerialräthe oder der Justizminister selbst sich eine Vorstellung machen können, wie ein junger alleinstehender Mann, von dem schließlich auch noch eine saubere anständige Kleidung verlangt wird, mit dem geschädigten Gehalt auskommen kann? Wir können uns nicht denken, wie das möglich zu machen ist. Ein derartiger Lohn schließt gerade vor dem Verhungern, zum Leben aber reicht er nicht aus. Freilich, übertragen kann das Vorgehen des Justizministeriums, im Grunde genommen, nicht. Es ist die alte Taktik, an unrichtigen Orten, an den Löhnen der Arbeiter und unteren Beamten, zu sparen. Gerichtsdienner, Schreiber und andere Unterbeamte können ein Lied davon singen. Freigeordnete Stellen werden einfach offen gelassen, dafür aber müssen die, welche nach dem Alter zur festen Anstellung gelangen sollten, noch Jahre als Hilfsdiener fungieren, damit man ihnen die höheren Gehälter nicht auszubahlen braucht und thätig sparen kann. Was sich aber das Justizministerium seinen Kopisten gegenüber leistet, übersteigt doch wohl alles bisher dagewesene.“

Lokales.

Zweiter Wahlkreis. Am Sonntag Abend 6 1/2 Uhr wird bei Zuberil, Lindenstr. 106, eine öffentliche Versammlung für Männer und Frauen abgehalten, in der Genosse Lantow über „Vollschule

und Junkerthum in Preußen“ sprechen wird. Nach dem Vortrag folgt gemüthliches Beisammensein.

Die Kreuzzüge

nehmen sich auf dem Papier und in der Legende sehr hübsch aus, in Wirklichkeit aber waren sie sehr wenig gemüthlich und, auch abgesehen von dem mörderischen Schwerte der Sarazenen, sehr ungesund. Hitze, Staub, Mangel an aller gewohnten Bequemlichkeit spielte den Kreuzfahrern arg mit, und nur wenige kehrten bekanntlich zurück. Den neuen Kreuzfahrern scheint es in mancher Beziehung nicht viel besser ergangen zu sein als den alten. Nur daß sie, so viel wir wissen, alle zurückgekommen sind. In welchem Zustande, das wird man erst später erfahren. Jetzt wissen wir bloß, daß die glücklichen Zurückgekehrten von Staub, Sonnenhitze, Schweiß, Schmutz und Strapazen solch unappetitliche und abstoßende Dinge erzählen, daß jedem die Lust vergeht, als moderner Kreuzfahrer nach Palästina zu ziehen. Besonders schädel scheint die Fahrt dem Herrn Superintendenten Vorberg (aus Schöneberg) bekommen zu sein, der sich „an frommer Stätte“ von seinem Durchfall bei der Reichstagswahl zu erholen hoffte, jedoch nur eine Wiederholung — wenn auch in etwas veränderter Form seines damaligen Mißgeschicks — erlebte, und am vorigen Montag einer Gemeinde von mißfälligen Schwefelern und Brüdern seinen heiligen Jammer und Katenjammer enthaltete. Appetitlich war es nicht. Aber in mancher Beziehung interessant. So erfahren wir z. B., daß in Jerusalem (oder vor's Damaskus?) die Herren Vorberg und Genossen (auf Kosten des Sultans) in eins der besten Gasthäuser einquartiert wurden, aber gar keine Bedienung hatten, sich selbst das Wasser holen und die Betten machen mußten, weil, wie der Bericht — nach dem erbaulichen Bericht der „Kreuz-Ztg.“ — achselzuckend erklärte: Alle Italiener, die er eingestellt hatte, für die Dauer der Anwesenheit des Kaisers eingesperrt worden waren, natürlich als „Anarchisten“. So mußte der fromme Durchfallslandidat von Schöneberg unter der Anarchistenherrschaft schwer leiden! Der arme Herr Superintendent! Ob seine Reise-Abenteuer wohl eine erzieherische Wirkung auf ihn gehabt haben? Hoffentlich theilt er seine Erlebnisse der römischen Anarchistenkonferenz mit. Vielleicht lernt sie etwas — taktische Praxis. —

Ueber geringe Brauchbarkeit der „Asphaltburschen“

Die Direktion der städtischen Straßenreinigung schon seit längerer Zeit. Die Zahl dieser jugendlichen Straßenreinigungs-Arbeiter ist daher, trotz fortwährender Ausbreitung des Asphaltpflasters, in den letzten Jahren nicht weiter vermehrt worden (seit 1895 sind es unverändert 200 geblieben) und soll auch bis auf weiteres nicht vermehrt werden. Auch der Bericht der Straßenreinigungs-Deputation pro 1897/98 giebt dieser oft wiederholten Klage wiederum Ausdruck. Die Burschen bleiben nur in verhältnismäßig wenig Fällen dauernd bei der Straßenreinigung. Meist geben sie die Arbeit nach kurzer Zeit wieder auf und es kommt oft vor, besonders im Sommer, daß frei werdende Stellen nicht gleich wieder besetzt werden können, weil keine Bewerber da sind. Der Wechsel ist so groß, daß im Durchschnitt jede der 200 Stellen im Jahre 7—8 mal neu besetzt werden muß! — Sonderbarerweise ist in den Berichten der Straßenreinigungs-Deputation bisher nie etwas über die Ursachen der Unbefähigkeit der Asphaltburschen zu finden gewesen. Hätten die Burschen überhaupt keine Lust zur Arbeit, so würde das gewiß mit Nachdruck hervorgehoben. Vermuthlich erscheint ihnen der Lohn (1,60 M. pro Tag) zu gering im Vergleich zu der zu leistenden Arbeit und der „militärischen“ Behandlung, und bei vielen von ihnen dürfte die Arbeit geradezu über ihre Kräfte gehen. Man wird durch die Klagen der Straßenreinigungs-Deputation unwillkürlich an die Klagen der Agrarier über „Leutenoth“ erinnert. Hier wie dort sind die Ursachen ziemlich dieselben. Als im Jahre 1880 die ersten Asphaltburschen eingestellt wurden, rechnete die Verwaltung besonders auf Meldungen von Söhnen ihrer Straßenreinigungs-Arbeiter. Aber gerade in diesen Kreisen ist die Reigung, Asphaltbursche und später Straßenreinigungs-Arbeiter zu werden, stets am geringsten gewesen. Das sollte der Verwaltung, die die Lage ihrer Arbeiter gern als durchaus günstig hinstellt, doch zu denken geben.

Berliner Fleischpreise.

Im Oktober 1898 (bzw. 1897) war im Kleinhandel der städtischen Markthallen der Durchschnittspreis (pro Pfund in Pfennigen, aus den höchsten und niedrigsten Preisen der 13 Detailhallen berechnet) für Rindfleisch: Gilet 99 (101), Keule, Oberhälbe oder Schwanzstück 71 (71), Brust 64 (63), Bauch 55 (56); für Kalbfleisch: Keule oder Rücken 78 (78), Brust 68 (67), Schulterblatt oder Bauch 62 (62); für Hammelfleisch: Keule oder Rücken 70 (70), Brust oder Bauch 61 (61); für Schweinefleisch: Rücken oder Nippelpeer 81 (82), Schinken 70 (69), Schulterblatt oder Bauch 66 (64); für Speck 76 (75); für geräucherter Schinken 106 (106), ausgehäutet 145 (145); für Schweinefämalz 57 (60). Die Preise waren gegenüber denen vom Oktober des Vorjahres bei Rind-, Kalb- und Hammelfleisch theils höher, theils gleich hoch, theils niedriger, bei Schweinefleisch, Speck und Schinken fast ausnahmslos (aber nicht sehr beträchtlich) höher, bei Schweinefämalz erheblich niedriger. Dabei ist aber zu beachten, daß die Fleischpreise schon 1897 im Steigen waren. Sie haben augenscheinlich im Kleinhandel bereits diejenige Grenze erreicht, über die hinaus eine weitere Steigerung bedenklich wäre, weil sonst die weniger kaufkräftige Bevölkerung den Verbrauch soweit einschränken würde, daß der Gewinn ohnedies auf ein Minimum herabsänke. Vergleicht man die 1898er Preise nicht mit denen von 1897, sondern von 1896, so waren die Oktoberpreise im Jahre 1898 mit einer einzigen Ausnahme höher als 1896, und zwar meist recht erheblich. Nur Rinderfleisch war um 1 Pf. billiger, dagegen waren theurer z. B. Rinderkeule um 3 Pf., Kalbsbrust um 4 Pf., Hammelbrust um 4 Pf. u. s. w. Beim Schweinefleisch war die Preissteigerung noch bedeutender. Rücken und Nippelpeer waren um 7 Pf. theurer, Schinken um 7 Pf., Schulterblatt und Bauch um 10 Pf. (von 1896 bis 1898 von 56 Pf. auf 66 Pf. gestiegen, um 18 pCt.); ferner Speck um 8 Pf., geräucherter Schinken um 9 Pf., ausgehäutet um 6 Pf., Schweinefämalz um 1 Pf.

Das Einigungsamt des Berliner Gewerbegerichts

hat im abgelaufenen Geschäftsjahre zwölfmal in Thätigkeit; einmal erfolgte die Anrufung nur von einer Seite, ohne daß der Gegner sich ihr angeschlossen, und dreimal riefen beide Theile an. Von den großen Streits des Vorjahres seien erwähnt: der der Maurer (2000 Vertheilte, Dauer zwei Wochen), der der Eisenformer (729, 6 1/2 Wochen), der der 6—700 Arbeitnehmer aus der Textilindustrie (Dauer 5 Tage). Der Bericht über das Einigungsamt erwähnt des „Bauschwindels“, dessen Beseitigung zu einer brennenden Frage geworden sei, in folgendem: „Die raffinierten Manipulationen vieler Bauunternehmer und ihrer lichtschauen Hintermänner, durch deren Betrügereien in Arbeiter- und Handwerkerkreisen wirtschaftliche Verberungen fortlaufend angerichtet werden, treten immer wieder in neuen Formen hervor. Wir geben zu, daß es oft recht schwer ist — die Verhandlungen vor unserer Baukammer zeigen dies — die Frage der Arbeitgeber-Quasität des Beklagten zu entscheiden. Einerseits fehlt ausdientlich jedes vertragliche Band zwischen dem Arbeiter und dem Herrn der Arbeit, andererseits gerirt sich der letztere gleichwohl in jeder Weise als Arbeitgeber, während endlich derjenige Arbeiter, mit dem allein der Herr der Arbeit persönlich verhandelt hat, den er als Unternehmer der ganzen Arbeit ansieht, seiner ganzen sozialen Lage und der speziellen Lohnabrede gemäß sich selbst nur als Arbeitnehmer betrachtet.“ So könne das Gewerbegericht oft dem klagenden Bauarbeiter nicht zu seinem rechtmäßig verdienten Lohn verhelfen. Es sei daher der Entwurf eines Reichsgesetzes, betreffend die Sicherung der Bauforderungen, allseitig mit Freunden zu begrüßen.

— Zum Schluß bespricht der Vorsitzende des Gewerbegerichts, Herr Dr. v. Schulz, die bereits angeregte Frage der Erweiterung der Kompetenz der Gewerbegerichte; das Gesetz vom 20. Juli 1890 müsse dahin ergänzt werden, daß diese Gerichte auch Entscheidungen treffen könnten über Entschädigungsansprüche, die aus Verweigerung oder Verzögerung der Ausübung des Arbeitsbegriffes oder Verweigerung des hergeleiteten, ferner über Ansprüche der Arbeiter auf Herausgabe des Krankenlastenbuchs, der Nützlichkeitskarte, der Legitimationspapiere, des Handwerksbegriffes etc. In Desterreich, woselbst das deutsche Gesetz als Vorbild gedient habe, sei die Zuständigkeit der Gewerbegerichte in dieser Weise bereits geregelt, ja, man sei über die angezeichneten Grenzen noch weit hinausgegangen; es gehörten dort auch Streitigkeiten wegen Kündigung, Räumung etc. von Wohnungen in Arbeiterhäusern vor die Gewerbegerichte, die endlich auch zuständig seien für alle bei Handelsbetrieben zu kaufmännischen Diensten verwendeten Personen. Diese Bestimmungen halte man auch hier für einen großen Segen und würde es mit Freuden begrüßen, wenn unser Gesetz auch dahin eine Erweiterung erlähre, daß die Handlungsgesellschaften in der Verfolgung ihrer Rechte aus dem Arbeitsvertrag vor die Gewerbegerichte gewiesen würden, zumal fortgesetzt zahllose Kompetenzkonflikte aus der Frage entstanden, ob die betr. Partei als Handlungsgesellschaft oder Gewerbegehilfe anzusehen sei. Abgesehen davon, wäre es aber auch sozialpolitisch von nicht zu unterschätzendem Werte für den Staat, durch schnelle Justiz, wie die Gewerbegerichte sie üben, die Massen der Unzufriedenen zu vermindern. Die Mehrheit der Rechtshandlungen könne nicht Monate lang auf das Urtheil warten, ohne der Noth in die Arme getrieben zu werden. Man möge das österreichische Gesetz sich nunmehr hier zum Vorbild nehmen.

Die Kompetenz-Erweiterung der Gewerbegerichte halten auch wir für notwendig. Unter dem Treiben der Stimmlinge wird diese Forderung allerdings kaum verwirklicht werden. Wir zweifeln auch nicht daran, daß der Verfasser des Verzeichnisses es mit seiner Hoffnung auf Verminderung der Massen der Unzufriedenen ernstlich meint. Abgesehen davon, daß heute in gewissen Kreisen weit mehr Neigung vorhanden ist, die Masse der Unzufriedenen durch blaue Vornamen als durch soziale Reformen zum Schweigen zu bringen, erscheinen uns die Ursachen der Unzufriedenheit so tief liegend, daß diese heutigen Tags außerordentlich notwendige Tugend auch bei Verwirklichung der gemachten Vorschläge kaum an Kraft einbüßen wird.

Was an der Elektrizität verdient wird. Die Stadtgemeinde Charlottenburg hat sich für ihre Elektrizitätswerke u. a. die Große Berliner Straßenbahn als Abnehmerin gesichert. Diese hat sich jetzt bereit erklärt, spätestens vom 1. April 1900 an die Energie für die auf Charlottenburger Gebiet liegenden Strecken von der Stadt zu beziehen. Laut Vertrag bezahlt die Gesellschaft für die Kilowattstunde 10 Pf., mit Rabatt durchschnittlich 9 Pf. Die Berlin-Charlottenburger Straßenbahn dagegen hat sich zur Abnahme von Energie aus den städtischen Werken nicht verstanden; sie hat erklärt, daß sie die Elektrizität auf ihrem eigenen Kraftwerke zu dem Selbstkostenpreise von 5,2 Pfennigen für die Kilowattstunde herzustellen im Stande sei. Man hofft in Charlottenburg noch die Gesellschaft für Hoch- und Untergrundbahnen zur Entnahme von Elektrizität von der Stadt für die auf Charlottenburger Gebiet liegenden Theile der Unterpfasterbahn veranlassen zu können. Da unangenehm ist, daß die Charlottenburger Elektrizitätswerke die Energie zu demselben Selbstkostenpreise herzustellen vermögen, wie die Berlin-Charlottenburger Straßenbahn, so kann man ersehen, wieviel ein vorzügliches Geschäft die Stadt mit ihren Werken machen wird. Dasselbe gute Geschäft, nur noch in umgibt größerem Maßstabe, hätte Berlin bei einer Verstaatlichung der Elektrizitätswerke machen können. Dank der Majorität der Stadtverordneten-Versammlung, die in ihrer unerschütterlichen Weisheit für die Annahme des Vertrages mit den Berliner Elektrizitätswerken gestimmt hat, fällt der schöne Verdienst nunmehr den Herren Aktionären der Berliner Elektrizitätswerke zu, und die Bürgerchaft hat das Nachsehen!

Auf der Potsdamer- und Viktoriabrücke wird zur Zeit das Postament der Siemensgruppe durch Holzbohleiden zu einem Modell hergerichtet, nach dem bei gut ausfallender Wirkung später die Postamente aller vier Gruppen umgebaut werden sollen. Bekanntlich ist das Postament vor Aufstellung der Figur erhöht worden, und nun soll auch das Obergesims, wie durch die jetzt weiß angestrichene Bretterverkleidung angedeutet wird, noch eine andere Form erhalten, während das Untergesims, entsprechend der Erhöhung des Postamentpfeilers, wie die Holzbohleide zeigt, ebenfalls erhöht werden soll.

Die Umwandlung der Berliner Bäckerinnung Germania in eine „freie Innung“ erfolgte gestern durch die Annahme des dem neuen Handwerkerorganisations-Gesetz entsprechenden Innungsstatuts seitens der Generalversammlung.

Der Großhandel mit Weihnachtsbäumen, der bisher auf einem Gelände an der Dresdener Bahn stattfand, ist wegen Bedienung dieses Geländes mit Genehmigung des Militärämtes nach dem Tempelhofer Felde an der Großgörschensstraße neben dem Rathhäuslechen verlegt worden. Der Weihnachtsmarkt, der auf dem Melanaplag, Velle-Alte-Platz und in der Sneyenstraße abgehalten wird, ist in diesen Tagen einen Tag länger als sonst, da der 11. Dezember, an dem er sonst eröffnet wurde, auf einen Sonntag fällt.

Ein Zusammenstoß zwischen einem Mannschafswagen der Feuerwehrt und der elektrischen Straßenbahn erfolgte gestern Abend an der Ecke der Charlotten- und Schützenstraße. Während ein Straßenbahnwagen der Linie Behrenstraße—Kreuzberg die Charlottenstraße entlang gefahren kam, fauste ihn, aus der Schützenstraße kommend, ein Mannschafswagen der Feuerwehrt, welcher nach einer Uebung von der Hauptwache in der Lindenstraße nach Hause zurückkehrte, in schnellstem Tempo entgegen. Die Führer beider Wagen hatten das vorschritt-mäßige Zeichen mit der Klingel gegeben, doch sie konnten ihre Fahrzeuge nicht mehr zur rechten Zeit zum Stehen bringen, so daß sie in wichtigem Stoße sarambolirten. Ein Feuerwehrmann wurde durch den gewaltigen Anprall vom Wagen geschleudert und gerieth unter die Hufe der Pferde; er hat glücklicherweise nur Verletzungen leichten Natur davongetragen. Der Vorderperron des Straßenbahnwagens ist durch den Zusammenstoß stark beschädigt, der Führer sowie die Personen auf dem Vorderperron sind aber nicht verletzt worden, so daß der Wagen bald darauf seine so jäh unterbrochene Fahrt fortsetzen konnte.

Uranien. Im Anschluß an den Vortrag des Herrn Dr. W. H. „Das Bier“ (siehe Seite Freitag) im Hofsaal der Uranien stattfindend, werden am Sonnabend resp. am Sonntag Exkursionen zur Schuller-Bräuererei und Weißbier-Bräuererei von Gehradt veranstaltet werden.

Die Treibsternwarte bleibt wegen der jetzt glänzigen Mondbeobachtung mit dem Sternwarte Donnerstag, Freitag und Sonnabend, vom 1.—3. Dezember, ausnahmsweise bis 12 Uhr nachts geöffnet. Die elektrischen Straßenbahnen fahren bis Mitternacht nach Treptow, so daß auch die letzten Besucher bequem Berlin wieder erreichen können.

An der Deutschen Gesellschaft für völkertümliche Naturkunde spricht am Montag, den 6. Dezember, abends 8 Uhr, im Hofsaal des Rathhauses Herr Prof. Dr. W. v. Siedow von der geologischen Institut über „Die See-Organismen und die deutsche See-Expedition“ (mit Demonstrationen). Am darauf folgenden Montag findet ein Besuch der G. Porzellanmanufaktur in der Wegelstraße statt.

Theater. Die Direktion des Schiller-Theaters theilt mit bezüglich der völkertümlichen Kunstausstellungen mit: Für Sonntag, den 26. Dezember (1. Weihnachtsfeier) hat die Frau Freie Völkertümliche die gesamten 300 Karten, die überhaupt ausgegeben werden, übernommen. Die Direktion sorgt im allgemeinen dafür, daß beim Eintritt noch Karten zu haben sind, eine Ausnahme ist nur für den Weihnachtsfeier und die Frau Freie Völkertümliche gemacht worden. — Im Schiller-Theater wird die erste Aufführung von Wiltens Volksstück „Christliche Arbeit“ Freitag, den 9. Dezember stattfinden. Philipp Langmann's Drama „Bartel Zuraier“ wird heute noch einmal wiederholt. — Im Olympia-Theater wird nächsten Mittwoch nachmittags 2½ Uhr zum ersten Male das Weihnachtsmärchen „Dornröschen“ gegeben.

Aus den Nachbarorten.

Johannisthal—Nieder-Schönweide. Den Mitgliedern des Arbeiter-Bildungsvereins zur Kenntniß, daß die nächste Versammlung bei Frau in Johannisthal stattfindet.

Spandau. Heute, Freitag, in der Zeit von 10 bis 1 Uhr und 3 bis 8 Uhr findet die Stadtverordneten- und Erziehungswahl statt. Von unserer Seite ist der Genosse Tischmeister August Schröder als Kandidat aufgestellt worden. Parteigenossen! Es liegt vollkommen in Eurer Hand, unserem Kandidaten zum Siege zu verhelfen, sofern Ihr alle, Mann für Mann, am Wahlstische erscheint und Eure Stimme für Schröder abgibt. Mittelt die Sämigen auf und führt sie nach dem zuständigen Wahllokal. Nur dadurch, daß wir alle unsere Kraft einbringen, wird es nur möglich sein, den Arbeiterkandidaten durchzubringen und so die Interessen der Arbeiter in unserer Stadt wirksamer als bisher zu fördern. An die außerhalb Spandau's beschäftigten Arbeiter, welche in der dritten Abtheilung wahlberechtigt sind, ergeht noch besonders der Ruf, sich so einzurichten, daß sie noch vor 8 Uhr abends in ihrem Wahllokal sind. Die Wahl wird in sechs Lokalen vollzogen, welche in dem gestern Abend von uns verbreiteten Flugblatt näher bezeichnet sind. Parteigenossen! Alle Mann auf den Posten! Vorwärts zum Kampfe!

Der Dreibund gegen die Sozialdemokratie ist in Rixdorf in der Bildung begriffen, und zwar bezüglich der kommenden Stadtverordnetenwahlen, welche bereits ihre Schatten vorauszuwerfen beginnen. Wenn es gegen die Sozialdemokraten geht, dann sind die bürgerlichen Parteien oft ein Herz und eine Seele, und so haben sich denn auch in Rixdorf der Grundbesitzer-Verein, der kommunale Reformverein und der Bürgerverein zusammengeschlossen, um gemeinsam den Kampf zu führen und den Arbeitern sozial Stadtverordnetenmandate wie nur möglich abzugewinnen. In den nächsten Tagen findet eine vertrauliche Zusammenkunft der Herrscher statt, um eine Einigung in der Kandidatenfrage herbeizuführen. Zweifellos wird der Wahlkampf sehr heiß werden, denn auch die Rixdorfer Parteigenossen rüsten sich mit aller Macht und haben, wie gemeldet, bereits die Wahl eines Wahlkomitees vollzogen. Sie hoffen mit Zuversicht, eine nicht unerhebliche Anzahl Mandate zu erringen — trotz des Dreibundes und deren Helfershelfer.

Die wegen Meineids erfolgte Verhaftung des früheren Restaurateurs Schulz aus der Berlinerstraße zu Rixdorf erregt dort bedeutendes Aufsehen. Er war in einem von seiner Frau angestregten Ehecheidungsprozesse für den schuldigen Theil erklärt und zur Zahlung einer jährlichen Unterhaltungssumme an seine Frau verurtheilt worden. Obgleich er hierzu in der Lage war, erklärte er doch, unbemittelt zu sein und die Unterhaltungssumme an seine Frau nicht zahlen zu können. Er leistete auch auf Betreiben seiner geschiedenen Frau den Offenbarungseid. Durch eine Geliebte des Sch., welche dieser verabschiedet hatte, erfuhr nun die geschiedene Frau, daß ihr ehemaliger Gatte Hausbesitzer sei und auch mehrere tausend Mark sicher angelegt habe. Nachdem die Behörde von diesem Sachverhalt Kenntniß erhalten hatte, ist Sch. verhaftet und in das Untersuchungsgefängniß zu Moabit übergeführt worden. In diese Affäre dürften noch weitere Personen verwickelt werden.

In dem Spandauer Raubmord wird noch folgendes mitgetheilt: Die Polizei hat zur Ermittlung des Täters die umfassendsten Anordnungen getroffen. Zunächst ist ein Trupp Jäger, der am Dienstag den Spandauer Pferdemarkt besucht hatte, am Verlassen der Stadt gebührend worden; dieselben wurden unter polizeiliche Beobachtung gestellt. Sodann ist die Vernehmung aller derjenigen Personen, Fuhrleute, Handelsleute etc. verflügt worden, die auf derselben Strecke wie der Ermordete Dienstag abends und nachts gefahren sind; sie wohnen allesamt in benachbarten Dörfern und bringen landwirthschaftliche Produkte nach Spandau, Charlottenburg und Berlin. Der Aufseher aus Pinnau, welcher dem Wagen des Mörder kurz nach zehn Uhr umweil der Stadt begegnete, hat auch in der mondhellsten Nacht auf der Chaussee einen Wanderer gesehen, der in der Richtung des Mörder'schen Fuhrwerkes weiterging und dieses bald darauf erreicht haben dürfte. Dieser nächtliche Wanderer ging in gebieter Haltung vorüber, so daß der Aufseher ihm nicht ins Gesicht sehen konnte. Ein Milwaagenfuhrer aus Schönwalde, der die Strecke noch kurz vor 11 Uhr passirte, hat das Mörder'sche Fuhrwerk bereits haltend gesehen, will auch bemerkt haben, daß Mörder ohne Kopfbedeckung auf dem Wagen lag. Er ist aber nicht abgestiegen, sondern durch Spandau nach Berlin weiter gefahren.

In einer Wadzelle des Charlottenburger Krankenhauses erhängte sich gestern ein Artist, der wegen einer Fesslungswunde-Entzündung die Anstalt aufgesucht hatte. Der junge Mann war zum Militärdienst ausgehoben, hatte sich aber zur zweiten Musterung nicht gestellt und fürchtete nun, als unsicherer Rekrutist eingezogen zu werden.

Aus Templin bringt Wolff's Telegraphenbureau zu dem kürzlich gemeldeten Eisenbahnunfall folgende Nachricht: Zur Vermeidung einiger von verschiedenen Seiten gebrachten unzutreffenden Nachrichten über den Eisenbahnunfall auf der Neubautrassen Templin—Prenzlau vom 26. v. M. wird amtlich folgender Inhaltsbestand mitgetheilt: Der Unfall ereignete sich beim Ausdrängen von Arbeitswagen aus dem nach Templin zurückkehrenden Arbeitszuge gegen 6 Uhr nachmittags auf der 9 Kilometer von Templin entfernten Haltestelle Kreuzberg. Hierbei stieß die Lokomotive mit zwei besetzten Mannschafswagen mit einem dritten gleichfalls besetzten Mannschafswagen zusammen. Es entgleisten hierdurch zwei dieser Wagen, wobei 12 Arbeiter der Unternehmerr mehr oder weniger, jedoch nicht lebensgefährlich, verletzt wurden. Die Untersuchung ist sofort eingeleitet worden.

Für industrielle Zwecke hat ein autöaritäres Finanzkonfessionarium dieser Tage ein Gelände von etwa 200 Morgen in der Gemarkung Heiligensee, Amtsbezirk Tegel, an der Berlin-Kreuzener Bahn, und an der Havel für 1½ Millionen Mark erworben.

Gerichts-Beilage.

Zur Naturgeschichte der bürgerlichen Justiz.

Der Maurer Rudolf Hahn, ein 19-jähriger, unbestrafter junger Mann, war von seinen Kollegen auf einem Bau in Alteshof als Baudeputirter gewählt. Er hatte sich gestern vor der zweiten Strafkammer des Landgerichts II wegen versuchter Mordthat und Verleumdung des Maurers Karl Schulz aus Köpenick zu verantworten. Dieser wurde als Zeuge sofort beidseitig und sagte dann aus, Hahn habe ihn gefragt, ob er im Verband sei. Er habe erwidert, er gehe nicht in den Verband, und darauf habe Hahn gesagt, dann würden die übrigen Maurer nicht mit ihm arbeiten. Soweit stimmt die Aussage mit den Angaben des Angeklagten überein. Der Vorsitzende: Welchen Zweck hat der Verband? — Zeuge Maurer Schulz: „Gar keinen Zweck, bloß den Leuten das Geld auszugiehen.“ Dieser Bemerkung folgt ein lautes Lachen der Mehrzahl der Mitglieder des Gerichts. Man drückte dem Zeugen seine Zustimmung auch durch entsprechende Geberden aus. Der Vorsitzende meint nun, der Zeuge habe noch nicht alles ausgesagt. Reifiger Landgerichtsrath Neumann: „Sie fürchten sich wohl? Wir werden Sie schämen.“ Nunmehr der Zeuge Schulz: „Der Maurer Kleber sagte, Du kommst den Nachtwächter holen, der die Sache zu Protokoll nimmt. Darauf sagte der Angeklagte: Mit einem Nachtwächter arbeiten wir nicht zusammen. Wenn Du nicht in den Verband eintrittst, dann giebt's was raus.“ Der Angeklagte bestreitet diese Aussage entschieden. Es folgt die Vernehmung der Maurer Klingner, Kleber und Kasparid, welche auf Antrag des Angeklagten geladen waren. Der Vorsitzende erklärt, er werde dieselben zunächst

nicht beidigen. Die drei Zeugen bekunden übereinstimmend, daß sie der Unterredung zwischen Hahn und Schulz in unmittelbarer Nähe als aufmerksame Zuhörer beigewohnt haben. Hahn habe weder die Bemerkung von dem Nachtwächter gemacht, noch gesagt, wenn Schulz nicht eintrete, gebe es was raus. Wenn er das gesagt, hätte es ihnen nicht entgehen können. Während der Vernehmung blickt insbesondere der Landgerichtsrath Neumann die Zeugen mit lächelndem Gesicht an. Der Vorsitzende fordert nun den Staatsanwalt auf, sich über die Vertheidigung der drei Zeugen zu äußern. — Staatsanwalt: Es liegt kein Grund vor, dieselben nicht zu beidigen. — Der Vertheidiger beantragt, dieselben zu beidigen. Das Gericht verlindeht nach kurzer Verathung den Beschluß, die drei Zeugen nicht zu beidigen, da sie der Mordthaterschaft verdächtig seien.

Der Vertheidiger erklärt hierauf, daß er das Mandat niederlege und verläßt den Saal. Nach dem Waidoyer des Staatsanwalts erlachte das Gericht auf einen Monat Gefängniß.

Es ist nicht abzusehen, welchen Vortheil es hat, daß dergleichen Sachen vor die unabhängigen Gerichte kommen. Ein polizeiliches Strafmandat würde wahrscheinlich auf 20 M. Geldstrafe lauten, wenn ein Maurer anzeigt, sein Kollege habe ihn Nachtwächter genannt und gesagt, wenn er dem Verbanne nicht beitrete, dann giebt's was raus.

Der Holsupotus der Frau Heibfeld, die s. Z. vom Schöffengericht zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt worden ist, beschäftigte am Mittwoch abends die sechste Strafkammer in der Berufungsinstanz. Die Verhandlung zeigte, wie weit verbreitet in der Stadt der Intelligenz der Aberglaube noch ist, und wie wenig Schwierigkeiten es macht, unter Ausnutzung dieses Umstandes ein ganz gemächliches Leben zu führen. Frau Heibfeld ist eine „Wahrsagerin wunderbar“, die den Menschen aus den Karten die Zukunft prophezeit und auch sonst allerlei Stänke ausübt und Tränlein zusammenbraut, um leichtgläubigen Menschen in den verschiedensten Lebenslagen Hüfe und Rettung für allerlei leiblichen und seelischen Verdrüß zu bringen. Eine Spezialität von ihr ist die ihr angeblich inne wohnende Kunst, ungetreue Liebhaber, die ihre Verträge verlassen haben, wieder in die Arme derselben zurückzuführen. Hatte sie sich mit einem solchen Falle zu befassen, dann machte sie ihren Holsupotus mit einem so theatralischen Applomb, daß der selige Jant bei dessen Anblick gewiß ausgerufen haben würde: „Rein, sage mir, was soll das werden? Das tolle Zeug, die rasenden Geberden, der abgeschmackteste Betrug, sind mir bekannt, verächtlich genug!“ Da spielte das 7. Buch Moses eine geheimnißvolle Rolle. „Froschschengel und Taubenhergen sollten ihren Jauber ausüben und schließlich wurde aus dem Kräutlein „Komm zu mir“, welches in Wahrheit der gute alte Ehrenpreis (Voronio officinalis) war, ein Trank gebraut, der unsehbar die Wirkung haben sollte, daß die Ungetreuen als reuige Sünder zu den Liebesmachenden Mädchen zurückkehren würden. Ein Mädchen, welches mit einem Grenadier recht hüfe Erfahrungen gemacht hatte, ging in der Verzweiflung zu Frau H. und unterwarf sich dem Holsupotus, ohne irgend einen Erfolg zu erzielen. Der Ungetreue lehrte nicht wieder, ebenso wenig aber auch das Geld, welches das Mädchen für Taubenhergen, Froschschengel und andere Alibit der Angellagen in den Schooß geworfen hatte. Das Schöffengericht stand seiner Zeit den Künsten der Angellagen so skeptisch gegenüber, daß es sie wegen Betruges zu 3 Monaten Gefängniß verurtheilte. Hiergegen legte die Angellage Berufung ein und suchte die Strafkammer zu überzeugen, daß sie das von der Zeugin bezahlte Geld rechtlich durch ihre Bemühungen, den Sinn des jungen Vaterlandsvertheidigers zu erweichen, verdient habe. Recht erlaublich war die Behandlung der Aufwärterin der Angellagen, daß es in deren Empfangszimmer wie in einem Taubenhause hin und her schwirte, daß oft vornehme Damen Stundenlang auf die Angellage warten und letztere viele und schöne Geschenke von ihren Klientinnen erhalte. Ja, die Zeugin verrieth sogar mit einem Ausdruck der Ueberzeugung, daß an der Sache doch etwas dran sein müsse, da die Angellage selbst schon jahrelang einen jungen Mann so stark an ihre Person fesselte, daß er immer wieder zu ihr zurückkehrte, so oft er auch schon weggediehen sei. Diese Thatsache gab dem Rechtsanwalt Dr. Schöps Veranlassung, die Freisprechung der Angellagen zu beantragen, da diese offenbar selbst an die Kraft ihrer Wunderwerke glaube. — Der Gerichtshof hielt aber, wie der Vorderichter, das ganze Geheul der Angellagen für „faulen Jauber“ und erlachte deshalb auf Verweisung der Berufung.

Wie ein Waschenball auf öffentliche Angelegenheiten einwirkt. Der Parteigenosse Heinze war als Vorsitzender des Arbeiter-Bildungsvereins zu Iphoe des Vergehens gegen die §§ 2 und 18 des Vereinsgesetzes beschuldigt, weil er bei der Orts-Polizeibehörde kein Statuten- und Mitgliederverzeichnis des Vereins eingereicht hatte. Heinze machte geltend, daß er zur Erfüllung des polizeilichen Verlangens nicht verpflichtet sei, da der Verein nicht bezwecke, auf öffentliche Angelegenheiten einzuwirken. Er diene nur reinen Bildungszwecken. Schöffengericht und Landgericht verurtheilten jedoch den Angeklagten zu einer Geldstrafe. Die Strafkammer führte begründend aus: Es sei festgestellt, daß auf einem Waschenball des Vereins zwei Damen mit rothen Schürpen und mit Fahnen erschienen seien, die die Worte als Inschrift hatten: „Schutz der Arbeit“ und „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit.“ Es handle sich dabei unzweifelhaft um eine Verherrlichung der Sozialdemokratie. Danach kennzeichnete sich der Arbeiter-Bildungsverein in Iphoe als ein solcher, der auf öffentliche Angelegenheiten einzuwirken wolle. Der hiergegen eingelegten Revision gab das Kammergericht gestern nur zum Theil statt. Das Urtheil wurde aufgehoben und die Sache zur nochmaligen Verhandlung in die Vorinstanz zurückgewiesen. Der Präsident führte aus: Die Verantwortung der Frage, ob ein Verein auf öffentliche Angelegenheiten einzuwirken wolle, gehöre zu den thatsächlichen Feststellungen, die in der Revisionsinstanz nicht anzufechten seien. In dieser Beziehung müsse es bei der Vorentscheidung verbleiben, da die betreffende Feststellung ohne Rechtsirrtum erfolgt sei. Die zweite Instanz müsse in dessen noch nachprüfen und feststellen, wann der Verein zu einem Verein im Sinne des § 2 des Vereinsgesetzes geworden sei und ob Heinze zur fraglichen Zeit schon das Amt des Vorsitzenden bekleidet habe. Sei letzteres der Fall, dann hätte er das Statut und das Mitgliederverzeichnis einreichen müssen; sei er aber erst später Vorsitzender geworden, dann wäre er nur zur Ertheilung einer geforderten Auskunft verpflichtet gewesen. Je nach der Feststellung wäre Angellager dann zu verurtheilen oder freizusprechen.

Eine schöffengerichtliche Korrektur hat die polizeiliche Auflegung des Vereinsgesetzes erfahren, auf Grund welcher der Präsident des Verbandes der Gast- und Schankwirthe für Berlin und Umgebung, Mannan, sowie der Gastwirth Wiese wegen Uebertretung des Vereinsgesetzes mit Strafmandaten bedacht worden waren. Es handelte sich um eine im Wiese'schen Lokale stattgehabte, polizeilich nicht angemeldete Delegirtenversammlung des Verbandes. Im prinzipiellen Interesse war der Verbandspräsident, Rechtsanwalt Dr. Schöps, beauftragt worden, auf Rechnung des Verbandes die Angelegenheit zum gerichtlichen Austrag zu bringen. Derselbe hat denn auch vor dem Schöffengericht ein obsequendes Erkenntniß erstritten. Das Gericht nahm nach erfolgter Verweiskunft als erwiesen an, daß in der betreffenden Delegirtenversammlung keine öffentlichen Angelegenheiten, vielmehr nur Angelegenheiten des Schankgewerbes zur Erörterung gelangt seien, daß die Sitzung daher einer polizeilichen Anmeldung nicht bedürftig hätte. Die Angellager hätten sich daher keiner Uebertretung des Vereinsgesetzes schuldig gemacht, und seien demzufolge von Strafe und Kosten freizusprechen.

Wegen Uebertretung der Konfektionsarbeiter-Verordnung vom 31. Mai 1897 war der Inhaber eines Konfektionsgeschäfts, Herr Krause, angeklagt worden. Und zwar warf man dem Angeklagten

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.
Freitag, 2. Dezember.
Opernhaus, Halbsitz, Anf. 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus, Wilhelm Tell, Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues ital. Opern-Theater (Kroll), Maria, Anfang 7 1/2 Uhr.
Deutsches, Hubmann, Dörschel, Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner, Das Erbe, Anfang 7 1/2 Uhr.
Leipzig, Die Befreiten, Anfang 7 1/2 Uhr.
Residenz, Ranselle, Tourbillon, Vorher: Der Küchenjunge, Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues, Holzgast, Anfang 7 1/2 Uhr.
Westen, Bar und Zimmermann, Anfang 7 1/2 Uhr.
Thalia, Der Hypotheken-Schuster, Anfang 7 1/2 Uhr.
Schiller, Bartel Turaxer, Anfang 8 Uhr.
Metropol, Die Blumen-Mary, Hieran: Die Sünden der Frauen, Anfang 7 1/2 Uhr.
Central, Die Geisha, Anf. 7 1/2 Uhr.
Luise, Berliner Katen, Anfang 8 Uhr.
Velle, Alliance, Der Pfarrer von Kirchfeld, Anfang 8 Uhr.
Chend, Ufel Jonad, Anfang 8 Uhr.
Friedrich, Wilhelmstädter, Die Geheimnisse von London, Anfang 8 Uhr.
Alexandervplatz, Auch ein Fall Wrantenhal, Anfang 8 Uhr.
Parodie, Zugen, Anfang 8 Uhr.
Urania, Laubentzweige 48-49, Naturkundliche Ausstellung, Täglich geöffnet von 10 Uhr vor-mittags ab, Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr: Abwechslungs-weise „Die Urzeit des Menschen“ und „Der durch Desferrière“. Invalidenstraße 57/62. Täglich abends von 5-10 Uhr: Stern-warte, Operntelephon.
Apollo, Spezialitäten-Vorstellung, Anfang 7 1/2 Uhr.
Reichshallen, Stettiner Sänger, Anfang 8 Uhr.
Fest, Palast, Spezialitäten-Vor-stellung.
Passage-Panopticum, Spezialitäten-Vorstellung.

Urania
Taubenstrasse 48/49.
Abwechslungsweise
Die Urzeit des Menschen
und
Quer durch Oesterreich.
Im Hörsaal:
Experim. u. Projekt.-Vorträge
Invalidenstr. 57/62:
Tägl. Sternwarte.

Kunst-Schaubühne
i. d. Urania, Invalidenstr. 57.
Sonntag, 4. Dezember, 5 Uhr:
Architektur
in Berlin.

Passage-Panopticum.
Von 6 Uhr ab:
Théâtre
variété.
Neu!
Lebend!
Keine Illusion!
Das
Flammen-
weib
vom Stamme der
Wambutti.
Heute 25 Pf. Entree.
Geöffnet v. vorm. 9 bis abds. 10 Uhr.

Castan's
Panopticum.
Die
SIOUX-
INDIANER
sind da!

Metropol-Theater.
Behrenstr. 55, 57. Dir. Rich. Schultz.
Freitag: Zum 15. Male:
Die Blumen-Mary
Operette in 3 Akten von C. Weinberger.
Hieran:
Die Sünden der Frauen.
Großes Ballet-Diversifément
arrangiert vom Balletmeister Gundlach.
Olympia-Theater
Karlstr. (Circus Rinz) Karlstr.
Täglich 8 Uhr abends:
Mene Tekel
Berliner Lustspielgesellschaft.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.

Circus Rinz-Riesen-Tunnel.
Direktion: J. M. Hatt.
Täglich: **Grosses Konzert**
der Handlapelle unter Leitung des
Musikdirektors Herrn Otto Görner und
Extra
Spezialitäten-Vorstellung
unter Regie des beliebten Humoristen
Gustav Klack.
Das neue großartige November-
Programm.
Anf. Wochent. 6 1/2 Uhr, Sonnt. 5 Uhr.
Entree Wochent. 10 Pf., Sonnt. 30 Pf.

Reichshallen.
Stettiner Sänger
(Musikl.
Pietro, Britton,
Ziehl, Krone,
Kahl, Schneider
und Schrader.)
Zum Schluss, neu:
Pepita vor Gericht.
Neuzeitliche Ensemble von Meynel.
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.
Vorher: 40 Pf. Rum. Balkon 75 Pf.
Balkon-Vloge 1 R. Orchester-Vloge
1,50 R. Freuden-Vloge 2 R.
Tagesklasse 11-1 Uhr.
Reichshallen-Restaurant.
Täglich Konzert. Entree frei.

Apollo-Theater.
Mlle. Rosalia
Lambrecht
kurzes Gastspiel
und
14 Debuts
Anfang 7 1/2 Uhr.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).
Freitag 8 Uhr:
Bartel Turaxer.
Sonntags abends 8 Uhr:
Das vierte Gebot.
Sonntag Nachm. 3 Uhr:
Rabale und Liebe.
Sonntag abends 8 Uhr:
Das Lumpengefindel.
Hend-Carl Weij-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132.
Abends 8 Uhr: Zum 18. Male:
Ufel Jonad.
Sollstid mit Gesang in 5 Akten von
Oskar Klein. Musik von Ad. Wieber.
Im Tunnel von 7 Uhr an Frei-
konzert. - Vorzugs-Billetts haben
Giltigkeit. - Morgen: Dieselbe Vor-
stellung. - Sonntags, nachm. 3 Uhr:
Erste Kinder-Weihnachts-Vorstellung:
Bibi, der Kängelkönig. - Sonnt-
tag Nachmittags: Die Grille.

Luise-Theater
31. Weidenbergerstraße 31.
Abends 8 Uhr:
Berliner Kafeten.
Sonntags Nachm. 3 Uhr:
Die Räuber.
Abends 8 Uhr:
Die Schuld der Schuldlosen.
Donnerstag, den 15. Dezember:
Mit hoher Genehmigung
Sr. Excellenz des General-Lieutenant
der k. k. Schapschule Herrn Grafen
von Hochberg unter gefälliger Mit-
wirkung des kgl. Schauspielers Herrn
Adalbert Matkowsky
zum Besten der Weihnachtsgabe
der Kranken der Armen
des Louisestädter Bezirks
zum 1. Male:
Kein oder Genie u. Leidenschaft
Neu: Herr Adalbert Matkowsky.
Aufspiel in 5 Aufzügen frei nach dem
Französischen des Alex. Dumas (Vater)
von Ludwig Barnay.

Thalia-Theater.
Dresdenerstr. 72/73.
Der Hypothekenschuster
Pöffe mit Gesang in drei Akten
von Leopold G. u.
Musik von Cornelius Schäfer.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Central-Theater
Direktion: José Ferenzy.
Die Geisha
Operette in 3 Akten v. Sidney Jones.
Morgen und die folgenden Tage:
Die Geisha.
Sonntag, 4. Dezember, nachm. 3 Uhr,
zu ermäßigten Preisen:
Nanon.
Operette in 3 Akten von Ad. Wend.

Kaufhaus Gebr. Leyser
Wienerstrasse 64, und Gräfestrasse 21,
Ede Lausitzerstraße.
Elegante Herren-Paletots 24,-, 20,-, 17,-, 12,- und 10,50 Mk.
Knaben-Paletots 12,-, 9,-, 7,50, 5,-, 4,- und 3,- Mk.
Herren-Zugstiefel (Rohleder) 5,75 und 4,75 Mk.
Damen-, Herren- und Kinder-Filzschuhe von 78 Pf. an.
Kleiderstoffe (Roben) 9,-, 7,50, 5,70, 2,70 und 1,50 Mk.
Große Puppen- und Spielwaren-Ausstellung.
Reelle aufmerksame Bedienung. - Billigste feste Preise.

W. Noack's Theater
Brunnenstr. 16.
Seute Freitag, den 2. Dezember:
In Saug und Braug.
Original-Pöffe mit Gesang und Tanz
in 3 Akten von Jacobson u. Dahn.
Musik von Michaelis.
Morgen Sonnabend:
Das Glöckchen von Birkenstein
Sollstid mit Gesang in 4 Akten
von Gwers.

Volks-Theater
im Welt-Restaurant
Dresdener-Strasse 97.
Dir.: A. Kolig. Art. Leiter: A. Runge.
Täglich:
Gr. Theater und Spezialitäten-
Vorstellung.
Neu! **Signora Macaroni** Neu!
Original-Pöffe mit Gesang.
Urkomisch! Urkomisch! Urkomisch!
Sensationell! Majestät kommt!
Anf.: Wochent. 8 Uhr, Sonnt. 5 Uhr.
Sons haben Giltigkeit.

Mähr's Theater
Oranienstr. 21.
Täglich
Spezialitäten- und Theater-
Vorstellung.
Amor!
Burleske mit Gesang und Tanz.
Brothers Alexander. Gulda
Lucad. Grete Gahani etc.
Anfang an den Wochentagen 8 Uhr.
Sonntags 6 Uhr.
Sons haben Wochentags Giltigkeit.

Feen-Palast-
Theater
Burgstr. 22. Burgstr. 22.
Neues Dezember-Programm.
Vobari, Akrobatentruppe
Hugo Schulz, Konifer.
Wienocke, Jovier-Theater.
Gebirder Teylors, Excentric.
Der erfolgreiche Mimiker
Carl Jürgensen.
Sensationell! Fürst Bismarck
vom Jüngling bis zum Alten
in Friedrichruh.
Neu! Das Neu!
Blumenmädchen
vom Haff'schen Markt
Sollstid mit Gesang v. Gifner.
Gledewig Nette: Wilh. Fröbel.
Carl Werner: Rich. Winkler.
Anfang 7 1/2, Sonntags 6 Uhr.
Vorverkauf Vorm. v. 11-1 Uhr.

Aleazar-Theater
Dresdenerstr. 52/53, City-Passage.
Direktion: Richard Winkler.
Neu! Neu! Neu!
Tante Preziosa.
Gr. Pöffe mit Gesang in 3 Akten
von E. Haber und G. Wilken.
Musik von R. Blal.
In Szene gesetzt von Otto Wendt
Dazu:
Austreten des gesammten
neu engagierten Künstler- und
Spezialitäten-Personals
in ihren Glanznummern.
Anfang: Wochent. 7 1/2 Uhr.
Sonntags 6 1/2 Uhr.
Wochentags 50 Pf.
Sonntags 40 Pf.
Vorzugs-Billetts haben Giltigkeit.

Circus Busch
Freitag, den 2. Dezember:
abends 7 1/2 Uhr:
Humorist. Vorstellung.
PERSIEN.
Gr. Manege-Schauspiel in 5 Akten,
inszeniert vom Dir. Paul Busch.
Besonders hervorzuheben: Der Sprung
des Prinzen Mirza Schaffy aus der Höhe
des Circuskuppel ins Wasser. Außer-
dem Kustizen des Herrn Franz Geb-
hardt, Ritter etc., bis heriger Geß der
1. spanischen Hof-Reitschule in Wien
auf dem Vespizaner Gengst „Con-
versatio“. 4 Fuchshengste als Thurn-
springer, wovon der Gengst „Gastier“
den Sprung mit verbundenen Augen
ausführen wird. Die amerik. Freunde,
höchst komisch die Anteruzze des Giger-
Clowns Alfred Daniels mit seinem
Schneidphotographen.
Morgen Sonnabend 7 1/2 Uhr:
Parade-Gala-Vorstellung.

Uhren! Goldwaaren!
Elegante Neuheiten in jeder Preislage.
Opt. Artikel, Brillen auch nach ärztl. Vorschrift.
Einst. für 2 eigene Geschäfte, Reparatur-Werkstatt im Hause.
Uhrmacher **Konrad Friese, Juwelier.**
1. Geschäft: Müllersstr. 4, direkt am Weddingplatz. 2. Geschäft: Jennstr. 61.
Rein Vager in Musikwerten befindet sich Müllersstr. 4. Symphonien-
Spielbofen von 7 R. an. Herophons werden billig vertiebt.
Kugel-Gelenk-
Puppenfabrik
P. R. Zierow,
Berlin, Schönhauser Allee 179.
Reparaturen u. alle Ersatztheile von Köpfen,
Bälgen, gekleideten Puppen.
Eigene Fabrikation.

Deutsche Schuh-Fabrik
vorm. G. Markus & Co., Ges. m. beschr. H.
Grfurt-Ilversgehofen
Renommirtes
Fabrikat. Beste
Zuthaten.

Wir empfehlen:
Herren-Zugstiefel, gewalft, Spezialität, 7 R.
" " ohne Naht, Spiegel 8,50 R.
" " Befah u. Knopferzeugung 3,90, 4,50,
5,50, 6,50, 7,50 bis 15 R.
" **Agraffenstiefel, Befah, 6,50, 7,50, 8,50 bis**
18 R.
" **Schnür-, Zug-, Haus-, Kellnerschuhe** in den
verschiedensten Defind und Preislagen.
Arbeitsschuhe, reell, solid, fräftig, 4,50 bis 6,50 R.
Schafstiefel, Reistiefel.
Damen-Zugstiefel 2,60, 3,50, 4,50, 5,50 bis 14 R.
" **Knopf- u. Schnürstiefel, elegant, mit Befah u. Koppe,**
von 5,50 R. an.
" **Schnürschuhe** von 3,50 R. an.
" **Hauschuhe** von 3,00 R. an.
Knaben-, Mädchen- u. Kinder-Stiefel u. Schuhe,
höchst solid gearbeitet,
zu anerkannt sehr billigen Preisen.
Ballschuhe in den geschmackvollsten Mustern von 2,50 R. an.
Größte Auswahl in **Gummi-, Turn-, Reise- u. Filz-**
schuhen, sowie Pantoffeln in allen Preislagen.
Die Verkaufspreise werden von der Fabrik aus auf
die Sohlen aufgestempelt, daher jede Ueberschneidung
ausgeschlossen. [58502*]
Verkaufsstellen:
Berlin SW. Belle-Alliance-
straße 102.
W. Schillstraße 12.
Stettin, Reischlagerstraße 14.
Hannover, Klagenmarkt 7a.
Hamburg, Steinstraße 16.
Bremen, Margaretenstr. 5.
Düsseldorf, Schadowstraße 57.
Köln a. Rh., Eigelstein 66.
Frankfurt a. M., Viehhau-
berg 26.
Bett 67.
München, Sendlingerstraße 10.
Dachauerstraße 83.
Landshuterstraße 7.
Humboldtstr. 22.
Kantienstr. 28.

Ausschneiden, erst bei Abholung vorzeigen.
Giltig für 3 R. bei
einer Bestellung über 12 R.,
1,50 R. unter 12 R.
Guckel's
Zahnateliers
Lausitzer Platz 2,
Stoglitzerstrasse 71.
Bastrommirt und wohl-
bekannt.
Zähne v. 3 M.,
Plomben v. 2 M. an.
Ratenzahlung gestattet.
(Woche 1 M.)

**Oscar Arnold, Hut-Engros-
Dresdenerstr. 116.**
am Oranienplatz (kein Laden)
Einzelverkauf reeller Waaren zu
folgenden Preisen (Barzahlung ohne Nachz.)
Herrenhüte, weich a. 1,25 1,50 2,- 2,50 3,- 3,50 u. 4,-
da. a. 2,- 2,50 3,- u. 3,50
H. Haarhüte a. 4,50 5,- 6,- u. 7,-
Cylinderhüte a. 4,- 5,- 6,- 7,- u. 11,-
Herren-Mützen a. 0,35 0,40 0,50 0,60 0,75 bis 2,50
Kinder-Mützen a. 0,50 0,60 0,75 bis 2,50
Kinder u. Confrmandenh. a. 0,75 1,- 1,25, 1,50 2,- u. 2,50
Welche Damenhüte, leichte Reisehüte, Lodenhüte,
Chapeaux claque, Turnerschüte, Jagdhüte, etc.
Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer!
Bitte genau auf die Adresse zu achten, da ich keine Filialen habe.

Gr. Vogelausstellung
des Berliner Kanarienzüchter-Vereins,
einheim. Vögel, Exoten, Aquarien,
Münzstrasse 17, I. Etage
v. 1. bis 6. Dezbr. geöffnet v. 9 bis
8 Uhr. Eintritt 50 Pf., Kinder 25 Pf.
Jeder 50. Besucher erhält einen Kanarienzüchter gratis. Doose à 1 R.
an der Ausstellungskasse. [39,20*]
Concerthaus.
Leipzigerstr. No. 48.
Freitag, den 2. Dezember:
Herrenfest
Tyll Eulenspiegel.
Sonntags, 3. Dezember:
Zum 32. Male
Zusel Tulipatan.

Wohl fühlt sich
bei jeder Bitterung, wer
Brunnenstrasse 110
(neben dem S-Bahnhof-Depot)
bei **Ignatz Sello** bezieht anerkannt
gut. Rum. 1/2 Fl. (1/2 Tr.) inkl. von
90 Pf. an, vorzüglich. **Glühwein-Gr.**
1/2 Fl. (1/2 Tr.) inkl. Fl. v. 1,10 R.
an, **Staubdörfer** inkl. Orig. Fl. (1/2
Tr.) 80 Pf., **Galb und Galb,**
feinste Liqueur-Produktion, per 1/2 Liter,
eigener Flasche inkl. 90 Pf., alten
Norbauerer per Liter 50 Pf., fäher
Hngarwein, Orig. Fl. (1/2 Tr.) inkl.
von 90 Pf. an, sowie **Samml. Weine,**
Cognac u. Liqueur i. Einzelverkauf,
auch eingemessen, nur zu Engros-
preisen. Billigste Bezugsquelle.
Bitte genau auf Nr. 110,
Brunnenstr. Nr. 110 zu achten. *

Charlottenburg.
Bade-Anstalt, Spandauerstr. 31.
Bäder aller Art, 2 R. 35 Pf., 3 St.
1 R. Für Damen Dienstags u. Freitags
von mittags 12 bis 10 abds. **Un-**
nahme sämtlicher Krankenkassen.
Sonntags bis 1 Uhr geöffnet. Kein
Trinkgeld. **A. Posener.** [925*]

Für 3 Mark
Reise sehr groß, zu Knabenanzügen,
Reise zu Herrenanzügen (schöne Muster
7-10 R. Für 12 R. ff. Gehört-
auch Sammgarnstoffe, Paletot-
und Hosenstoffe, so lange der Vorrath reicht
im Riesenstofflager
14. Krausenstr. 14, 1 Tr.
Kein Laden. [38L]

Haben Sie
schon Ihren Bedarf in
Christbaumschmuck
für Weihnachten gedeckt?
Wenn nicht, so verschämen Sie
nicht, sich ein Rädchen mit 10 Karton
fein sortirt, als **Fische, Leucht-**
kugeln, Ueberspannenes,
Naturfrüchte, Vögel,
Glocken, Perlen, Weih-
nachtsmann, Tannen- und
Eiszapfen, eine schöne Baum-
spitze u. f. w. für nur **Mk. 5,30**
bei franco Lieferung zu liefern.
Auch gibt es Sortimentsbüchsen
zu **Mk. 10,-** bei franco Lieferung.
Für Weiterempfehlung lege 1 Paket
Compteschmuck u. 12 Lichterhalter bei.
Lauscha in Thg. 81/3*
Karl Köhler, Schlo. R.

Sophastoffe
auch **Reffe**
in Nips, Damast, Gröbe,
Phantase, Gobelin und
Wisch (postbillig). [6108*]
Proben franco!
in allen Quantitäten
zu Fabrikpreisen.
Berlin S.,
Emil Lefèvre, Oranienstr.
Nr. 158/1

500
Hosenreife 5, 8, 10 R.
Gelegenheitskauf, so
lange d. Vorrath reicht,
Sportbillig.
Schönste Weihnachtsgabe.
Schneiderei Engel, Mühlstr. 26, dort.
Achtung! [554*]
Vereine.
Die Sonntage der Winter-
saison sind an Vereine zu ver-
geben. **Preis Nagel,**
Feldbühnen. Müllersstr. 142
Tafelbutter
10 Pf.
7 Pf.
Donig 5 R. Roth, Dsiedig, Schriener.
Goldwaaren,
Uhren, Silber, Alfenide,
Reparaturen u. Reparaturen in eigener
Werkstatt. **R. Haack,**
Gollnowstr. 82a, (Tein Laden).
Arbeitsanzüge **W. Fahr**
Brunnenstr. 112.
Die weltbekannte
Bettfedern-fabrik
Schnapshaus, Berlin. - Preispro-
gramm 10, vertriebt gegen Rücksendung
einer alte Bettfedern a. 50 Pf. 1,25,
bessere Halbduunen a. 70 Pf. 1,25,
vorzügliche Duunen a. 70 Pf. 1,25.
- Von diesen Duunen gewinnen
3 bis 4 Pfund zum großen Gewinn.
Versendung frei. Preis u. Vertriebs-
programm gratis. Bitte Verlangen zu machen.